Mao Tsetung - unbeugsam im Kampf gegen den Imperialismus
Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 52/53 vom 24. Dezember 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Das Programm der neuen Bundesregierung

Angriffe auf die wirtschaftliche Lage und die politischen Rechte der Werktätigen

„Die Bundesrepublik wird ein Land bleiben, in dem zu leben es sich lohnt", versprach Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung. Sicher, für die Kapitalisten, für ihre Diener und Helfershelfer wird es sich auch im neuen Jahr, auch in der neuen Legislaturperiode „lohnen". Für die Arbeiterklasse, für die Werktätigen aber? Sie blicken mit Sorge in die Zukunft. Und die Regierungserklärung von Helmut Schmidt bestätigte, daß diese Sorgen vollkommen berechtigt sind. Denn damit es sich für die Kapitalisten „lohnt", wird in Zukunft die Ausbeutung der Werktätigen weiter verschärft werden, wird der kapitalistische Staat ihnen noch tiefer in die Tasche greifen, wird im sozialen Bereich, wie Schmidt sich ausdrückte, die „Sparsamkeit" regieren.

Das Problem, das den Werktätigen am meisten auf den Nägeln brennt, ist die Arbeitslosigkeit. Jahr um Jahr versprach die Regierung mit immer neuen Rezepten, immer neuen „Konjunktur"- und Investitionsprogrammen eine Änderung. Und natürlich versprach auch Kanzler Schmidt jetzt in seiner Regierungserklärung, eines der wichtigsten Ziele der Regierung heiße „Arbeitsplätze sichern".

Ändern aber wird sich auch diesmal nichts. Kürzlich erst sprach der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, von zwei Millionen Arbeitslosen bis 1980. Die Zahl derjenigen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, steigt. Gegenwärtig sind an die 40 000 Menschen bereits seit zwei Jahren arbeitslos. Und was soll man in dieser Situation davon halten, wenn Schmidt drohend die Zahl von 760 000 Schulabgängern im Jahre 1977 und 820 000 Schulabgängern im Jahre 1978 an die Wand malt, praktisch offen zugibt, daß für sie nicht genügend Arbeitsplätze, geschweige denn Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen?

Schmidts Regierungserklärung machte offensichtlich – und alles Gerede über die Notwendigkeit von detaillierteren Statistiken und neuen Forschungsprogrammen konnte daran nichts ändern – daß alle bisherigen Programme der Regierung, die angeblich die Arbeitslosigkeit einschränken sollten, das nicht taten. Sie brachten alleine neue Finanzspritzen für die kapitalistischen Monopole. Und genau das gleiche Ergebnis wird auch das neu angekündigte Investitionsprogramm für die sogenannte Öffentliche Hand haben. Eine Verbesserung der Lage der Arbeitslosen und insbesondere der jugendlichen Arbeitslosen, die oft ohne einen Pfennig Unterstützung dastehen, läßt sich allein durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen den kapitalistischen Staat erreichen.

Ohne Zweifel fürchtet die Regierung eine solche Antwort der Werktätigen auf ihre Lage. Bereits in seiner Regierungsantrittserklärung 1973 beschwor Schmidt den Zusammenhang zwischen der wachsenden Arbeitslosigkeit und den „Weimarer Zuständen", der Zeit äußerst scharfer Klassenauseinandersetzungen also, in der Millionen Werktätige dem Kapitalismus den Kampf ansagten. Und die Regierung weiß auch genau, wem sie es zu verdanken hat, daß heute trotz jahrelanger Massenarbeitslosigkeit, trotz Arbeitshetze und immer neuen Lohnraubabschlüssen der Klassenkampf nicht diese Schärfe erreicht hat. Vor allem den DGB-Gewerkschaften, die mit Demagogie und Druck die Interessen des Kapitals durchsetzen, die Arbeiter an den Imperialismus fesseln. Schmidt geriet geradezu ins Schwärmen, als er erklärte, daß der besondere Dank der Regierung den Gewerkschaften gelte, daß die Einheitsgewerkschaft die „Säule der gesellschaftlichen Stabilität" sei.

Auf der anderen Seite ließ Schmidt keinen Zweifel daran, daß die Regierung vor keinem Terror zurückschrecken wird, falls auf diese Weise, mit Hilfe der reaktionären Gewerkschaften, aber auch mit Hilfe der D„K"P-Revisionisten, deren Ziel es ist, die Arbeiterklasse mit dem Köder des „Kampfes für den

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

83. Geburtstag des Genossen Mao Tsetung



Vorsitzender Mao 1946 bei der Arbeit in der Wohnhöhle in Date Orchard, Jenan. Siehe auch S. 9

Neujahrsadresse des ZK der KPD/ML

Zum 58. Jahrestag der Gründung der KPD, zum 8. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Zentralkomitee der KPD/ML dankt allen Genossen der Partei, allen Rotgardisten und Sympathisanten für den großen Beitrag, den sie im zurückliegenden Jahr für die Sache der proletarischen Revolution geleistet haben. Besonders herzlich danken wir unseren Genossen in der DDR, die unerschrocken und mutig unter den Bedingungen der sozialfaschistischen Diktatur kämpfen. Die Gründung der KPD/ML in der DDR bedeutet die historische Wende im Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in der DDR für die gewaltsame proletarische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Die Tatsache, daß seit nunmehr einem Jahr die Arbeiterklasse in ganz Deutschland unter der Führung ihrer einheitlichen marxistisch-leninistischen Vorhutpartei kämpft, bedeutet einen entscheidenden Erfolg im Kampf für unser gemeinsames Ziel, das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland.

Unser besonderer Dank gilt ebenso allen Genossen in der Deutschen Bundesrepublik und in Westberlin, die im vergangenen Jahr in der direkten Konfrontation mit dem Klassenfeind – sei es mit seiner Polizei, sei es mit seiner Justiz –, mutig und prinzipienfest für die Sache des Kommunismus gekämpft, die Partei verteidigt und die Fahne der Revolution hochgehalten haben.

Genossen, im vergangenen Jahr haben sich die Klassenwidersprüche in Deutschland, im Westen wie im Osten, weiter verschärft, haben sich im internationalen Maßstab die grundlegenden Widersprüche des Imperialismus weiter zugespitzt. Wütend kämpfen der Imperialismus und die Reaktion, um ihren historisch auf der Tagesordnung stehenden weltweiten Untergang aufzuhalten. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges, ausgehend von der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft, wächst. Auf der anderen Seite aber erstarkt der Kampf des Weltproletariats und der unterdrückten Völker.

Der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens war ein glänzender Ausdruck der Stärke des Sozialismus und leistete durch den historischen Bericht des Genossen Enver Hoxha, mit dem unsere Partei vollkommen übereinstimmt, einen bedeutenden Beitrag für die marxistisch-leninistische Weltbewegung. All dies zeigt: Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution und der Sieg des Sozialismus.

Unserer Partei stellten sich im letzten Jahr große Aufgaben. Geleitet vom Marxismus-Leninismus, hat unsere Partei zu wesentlichen Problemen, vor die sie der Klassenkampf stellte, eine korrekte und prinzipienfeste Haltung eingenommen, hat sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben Erfolge erringen können.

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 1)

Grosse öffentliche Abschlussveranstaltung

Es lebe der 3. Parteitag der KPD/ML!

Samstag, 5. Februar 1977, 10 Uhr
Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle

AUS DEM INHALT

Die allgemeine Krise vertieft sich ständig in den revisionistischen Ländern . . . 3
Die revisionistischen Parteien des Westens – Im Dienst des internationalen europäischen Kapitals . . . 3
Ruhrkohlekapitalisten planen: 26 Feierschichten für 1977 . . . 4
Metalltarifrunde - 9,6% - nicht die Forderung der Kollegen . . . 4
Kommunistischer Arzt entlassen . . 4
Interview mit jungem Arbeitslosen . 5
Radio Tirana interviewt Genossen Ernst Aust . . . 6
Interview mit einem Genossen, Mitglied des ZK der PCP(R) zur Einschätzung der Kämpfe in Portugal durch die PCP(R) . . . 7
Neuerscheinung im Rotfront-Verlag: „Mit alten Ideen brechen!" . . . 8
Der Kampf der Partei 1976 im Bild . . . 10/11

Neujahrsadresse des ZK der KPD/ML

(Fortsetzung von Seite 1)

Sie hat sich weiter in den Massen verankert, wie sich etwa bei den Vertrauensleutewahlen zeigte. Sie ist bei der Einheit der Marxisten-Leninisten ein gutes Stück vorangekommen, was sich unter anderem darin zeigt, daß heute viele Genossen mit uns den 8. Jahrestag der Gründung der KPD/ML, der einzigen marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland feiern, die ehemals Mitglieder opportunistischer Spalterorganisationen waren. Wir haben — mit Hilfe vieler Sympathisanten und Freunde — zur Zeit der Bundestagswahl, so breit wie nie zuvor, die Massen mit den Zielen unserer Partei bekannt gemacht. Dies — die Verbreitung unserer Grundsatzerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" — war möglich auf der Grundlage der Erfolge, die die Partei unter der Führung des Zentralkomitees bei der Erarbeitung des Programms unserer Partei errungen hat. Die damit verbundene Diskussion in der Partei, in den Massenorganisationen und innerhalb der revolutionären Bewegung um die grundlegenden Fragen der proletarischen Revolution in beiden deutschen Staaten, um die korrekte und prinzipienfeste Verbindung des Marxismus-Leninismus mit den konkreten Bedingungen der Revolution in Deutschland, hat die marxistisch-leninistische Einheit der Partei weiter gestärkt, ihre Reihen weiter gefestigt. Heute liegt dieses Programm, das auf dem III. Parteitag verabschiedet wird, als Entwurf allen Werktätigen zur Diskussion vor.

Genossen, wenn wir auf das vergangene Jahr zurückblicken, gedenken wir in großer Trauer des Genossen Mao Tsetung, den der Tod aus unseren Reihen — der Armee der auf der ganzen Welt für den Sieg des Kommunismus streitenden Marxisten-Leninisten — gerissen hat. Genosse Mao Tsetung, der Begründer und Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas war ein großer Marxist-Leninist, der sich unsterbliche Verdienste bei der Fortsetzung des Werks von Marx, Engels, Lenin und Stalin erworben hat, war der von allen Revolutionären geliebte und verehrte Führer und Lehrer des Weltproletariats. Unsere Partei wird die Lehren des Genossen Mao Tsetung immer beherzigen, sich immer von ihnen leiten lassen und sie gegen die Angriffe aller Feinde des Marxismus-Leninismus verteidigen.

Genossen, wenn wir auf den Kampf des letzten Jahres zurückblicken, dann sehen wir: Alle Erfolge, die wir errungen haben, waren Siege des Marxismus-Leninismus, Siege der korrekten und prinzipienfesten Linie unserer Partei. Gestützt auf den Marxismus-Leninismus, im Glauben an die Massen und im Glauben an die Partei werden wir auch im kommenden Jahr weitere Fortschritte auf dem Weg zu unserem Ziel, auf dem Weg zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland erringen. Wir wünschen Euch ein erfolgreiches, kämpferisches neues Jahr!

Mit kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der KPD/ML

Vor acht Jahren...



Veranstaltungen zum 8. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

NÜRNBERG
31. 12. 20 Uhr, „Gelbes Haus", Troststr. 10

FRANKFURT-RÖDELHEIM
31. 12., um 19 Uhr, „Haus Biegwald", Biegweg

KIEL
30. 12. um 19 Uhr, „Waidmannsruh", Eckernförderstraße

KÖLN
31. 12. um 19 Uhr, Gaststätte „Hemmersbach", Neusserstr./Agneskirche

LÜBECK
29. 12. um 19.30 Uhr, Turnerschaftshaus (Großer Saal), An der Mauer

REUTLINGEN
31. 12. um 16 Uhr „Nürtinger Hof" Nähe Kalbfell-Halle

BIELEFELD
31. 12. Gaststätte „Freese", Heeper Str. 52

DUISBURG
31. 12. 19.30 Uhr „Brückelhof" Brückelstr. (Meiderich)

HAMBURG
31. 12. um 19 Uhr „Zum alten Sängerheim", Oelkersallee 5

BREMEN
31. 12. um 18 Uhr, Landheim „Tulpe", Verlängerte Hemmerstraße

BOCHUM/DORTMUND
31. 12. um 19.30 Uhr, „Haus Hohmann", Lütgendortmund, Flaspoete

MÜNCHEN
31. 12. 19.30 Uhr „Ludwigsvorstadt", Katzmeierstr. 44

DARMSTADT
1. Januar 77, 18 Uhr, „Waldhütte" auf dem Grillplatz am Böllenfalltor

MANNHEIM
31. 12. 20 Uhr „Volkshaus" Ludwigshafen, Königsbacherstr. 12

Zum Programm der neuen Bundesregierung

Fortsetzung von Seite 1

Sozialismus" einzufangen und auf den Weg der Kapitulation vor dem Imperialismus zu treiben, größere Klassenauseinandersetzungen nicht zu verhindern sind. Zwar lobte Schmidt die „freiheitlich-demokratische Ordnung" der Bundesrepublik, zwar behauptete er, auf deutschem Boden habe es noch nie so viel Freiheit gegeben wie heute in der Bundesrepublik. Gleichzeitig aber hetzte er offen gegen den revolutionären, militanten Kampf der Werktätigen und schrie: „Jeder hat bei uns das Recht zu demonstrieren, aber niemand hat das Recht zu demolieren!" Gemünzt war das auf den Kampf gegen das KKW in Brokdorf. Gemeint aber waren alle, die nicht nur irgendwie protestieren, sondern tatsächlich ihre Interessen durchsetzen wollen und sich dazu des einzigen Mittels bedienen, mit dem man gegen Hunderte und Tausende schwerbewaffnete Polizisten Erfolge erringen kann: der revolutionären Gewalt.

Wer auf diese Weise demonstriert, der ist für Schmidt kein „Bürger" mehr, sondern ein „Extremist", ein „Rowdy" oder „Chaot". Der bekommt zu spüren, was Demokratie im Kapitalismus für die Werktätigen wirklich bedeutet: „rechtsstaatliche" Brutalität der Polizei, „rechtsstaatliche" Strafbefehle, Geld- oder Gefängnisstrafen. Ist es nicht nackter Hohn, wenn Schmidt angesichts der Ereignisse in Brokdorf davon spricht, daß in „unserer Demokratie" jeder Demonstrant „das Recht auf faire Behandlung" habe? Ist es nicht ebenso der reine Hohn, wenn er einerseits behauptet, die „Pluralität der Weltanschauungen sei die Voraussetzung für individuelle Freiheit", und auf der anderen Seite die Berufsverbote, mit denen Hunderte von Revolutionären und Kommunisten einzig und allein wegen ihrer Weltanschauung aus dem Staatsdienst geworfen werden, für notwendig zum Schutz der Freiheit erklärt? Die „Pluralität der Weltanschauungen", die „individuelle Freiheit", von der Schmidt spricht, sind nichts als Betrug. Die „Pluralität der Weltanschauungen" ist in Wirklichkeit die eine Weltanschauung der Bourgeoisie, die man lediglich verschiedene Blüten treiben läßt, um die Werktätigen zu täuschen. Die „individuelle Freiheit" ist in Wirklichkeit die Freiheit der Herren von Fabriken und Banken, der Besitzer der Produktionsmittel, die den Arbeiter heute wie gestern zwingen, seine Arbeitskraft zu verkaufen, Lohnsklave zu sein. Die gesamte freiheitlich-demokratische Ordnung, von der Schmidt spricht, ist in Wirklichkeit die Diktatur der Bourgeoisie, die sie mit Hilfe des kapitalistischen Staates ausübt, um die Werktätigen ausbeuten und in die Knie zwingen zu können. Wobei die Werktätigen die Polizei, die sie bei ihren Kämpfen niederknüppelt, die Justiz, die sie wegen ihres Kampfes verurteilt, noch selbst, mit ihren Steuern, finanziert. Wie sagte doch Schmidt: „Wir können nur das Geld ausgeben, das andere verdienen."

Die neue Regierung, für die Schmidt sprach, erwies sich so in allen Punkten, in ihrem innenpolitischen Programm, in dem sie weitere Ausplünderungs- und Unterdrückungsmaßnahmen ankündigte, aber auch in ihrem außenpolitischen Programm, indem sie erneut betonte, daß sie noch mehr als bisher ihre Tätigkeit für die aggressive Nato und die arbeiterfeindliche EG vorantreiben wird, als Organ der westdeutschen Imperialisten. Ihr Programm widerspricht deshalb in allen Punkten grundsätzlich den Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Diese können nur im Kampf gegen diese Regierung, im Kampf gegen den kapitalistischen Staat und seine Machthaber, die westdeutschen Imperialisten, durchgesetzt werden.

Kurz berichtet

WESTBERLIN
Am 3. 12. veranstaltete die Parteizelle AEG-Brunnenstraße eine kleine Veranstaltung zu Albanien, zu der einige Kollegen, teilweise mit Freund oder Freundin, kamen. Nachdem kurz über die Geschichte Albaniens berichtet wurde, wurde ein Lichtbildervortrag gezeigt. Anschließend kam es zu einer regen Diskussion über Albanien. Obwohl nicht alle Kollegen die Ansichten unserer Partei teilten, gefiel ihnen der Abend gut und sie schlugen vor, so etwas ruhig öfter einmal zu machen.

HANNOVER
Am 27. 11. wurde im Freizeitheim Hannover-Linden der Film „Rote Raketen" gezeigt. Der Film rief bei den über 30 Freunden und Genossen der Roten Garde große Begeisterung hervor. Anschließend hielt ein Genosse der Roten Garde eine Rede zum Programmentwurf, in der er betonte, wie wichtig das Programm für die Rote Garde, die unter Führung der Partei kämpft, ist. Nach einer anschließenden Diskussion über das Programm wurden für Genossen Bernd Woitalla 55 DM gesammelt.

MÜNSTER
Am 8. 12. führte die Parteizelle Kliniken in Münster zusammen mit der Roten Garde einen Albanienabend durch. Zum Dia-Vortrag über das Gesundheitswesen in Albanien, zu dem auch an den Schwarzen Brettern in den Kliniken und Instituten eingeladen worden war, kamen eine Reihe Kollegen und Freunde, die zum ersten Mal eine Parteiveranstaltung besuchten. Diesen Besuchern schenkten die Genossen zum Abschluß die Broschüre mit der Rede des Genossen Enver Hoxha vor der Wählerversammlung in Tirana am 3. 10. 1974.

FREIBURG
Am 26. 11. lud der Freiburger KSB/ML zu einer Ausstellung über die VR Albanien ein. Am Abend des gleichen Tages fand eine Parteiveranstaltung zu Albanien statt, die von über 30 Menschen besucht wurde, von denen ein Viertel zum ersten Mal auf einer Parteiveranstaltung war. Die Versammelten verabschiedeten eine Solidaritätsresolution zum Kampf in Brokdorf. Für die Herausgabe der Werke des Genossen Enver Hoxha wurden 73 DM gespendet.

SELIGENSTADT
Am 10. 11. fand die erste Veranstaltung der Roten Garde in Seligenstadt anläßlich des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens statt. Es kamen über 30 Freunde und Sympathisanten der Roten Garde. Eingeladen war außerdem der Frankfurter AP-Trupp und die Gesellschaft der Freunde Albaniens, die sich mit einem Dia-Vortrag am Veranstaltungsprogramm beteiligte.

BERGSTRASSE
Am 28. 11. fand in Bensheim eine Veranstaltung der ROTEN GARDE Bergstraße unter dem Thema „Der Bau des Blocks C in Biblis muß verhindert werden" statt. Zu der Veranstaltung kamen rund 40 Freunde und Genossen. Eine Solidaritätsresolution an Genossen Bernd Woitalla wurde verabschiedet und 152,50 DM zu seiner Unterstützung gesammelt.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt ...

Geschichtsfälschung!

Der Chef des russischen Sozialimperialismus, Breschnew, der Oberste unter den neuen Kremlzaren, hat 70. Geburtstag. Und wie das so üblich ist, wenn Zaren Geburtstag feiern, darf es an Huldigungen nicht fehlen, um diese Verbrecher in den strahlenden Glanz eines „Helden" zu tauchen.

In den Moskauer Filmstudios läuft die Arbeit schon auf Hochtouren: eigens zu Breschnews Geburtstag wird dort an der Geschichte gebastelt. Da wird geschnitten und geschnipselt, um aus diesem Konterrevolutionär und Völkermörder einen Helden werden zu lassen. Ein wirklich feines Geschenk: Da wird plötzlich Breschnew zum wahren Helden des Großen Vaterländischen Krieges — natürlich film„dokumentarisch" belegt. Man hat sich wirklich Mühe gegeben, denn Breschnews wurde weder bei dem großen Kampf um Stalingrad noch bei der ruhmreichen Schlacht von Kursk je gesehen, wo unter der Führung des Genossen Stalin den Hitlerfaschisten der entscheidende Schlag versetzt wurde. Der „große Held" Breschnew hatte vielmehr ein Kommando auf einer kleinen Landzunge bei Noworossijsk geführt.

Doch damit nicht genug: Breschnew, der mit Chruschtschow den Kapitalismus in der Sowjetunion restaurierte, die Diktatur des Proletariats stürzte und eine sozialfaschistische Diktatur über die Werktätigen errichtete, in der diese ausgebeutet und ausgeplündert werden, ist laut dem Geburtstagsfilm derjenige, der die Sowjetunion aus Hunger und Not zu blühenden Weizenfeldern führte. Wirklich eine Meisterleistung der revisionistischen Geschichts-„wissenschaft", die sich als Geschenk an diesen Verbrecher sehen lassen kann.

Doch zum 7o. ist ein Film allein natürlich nicht ausreichend, wo es doch so viele Verbrechen als Heldentaten zu rühmen gibt. So ließ er sich — er ist ja als leidenschaftlicher Ordenssammler bekannt — förmlich mit Orden überschütten, und das nicht nur im eigenen Land. In den letzten Wochen kassierte er im ganzen Warschauer Pakt und sogar in Jugoslawien ab: Pflichtabgabe zum 70.! Seine Vasallen in Warschau, Prag und Ostberlin ließen sich nicht lumpen. Dieser Mann, der die Werktätigen in der DDR brutal unterjocht und nach Strich und Faden ausbeutet und ausplündert, wurde von Honnecker mit dem „Stern der Völkerfreundschaft" bedacht. Da das offensichtlich noch nicht ausreicht, wurde er sogleich auch noch „Held der DDR" — schließlich greift er ja der Honeckerclique mit seinen Truppen in der DDR auch „heldenhaft" unter die Arme, wenn es darum geht, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen Ostdeutschlands niederzuhalten.

An Orden, Auszeichnungen und Ehrungen aus den eigenen Reihen mangelt es wahrlich nicht. Das Einzige, was Breschnew etwas betrüblich stimmen könnte, ist, daß die Werktätigen, sei es in der Sowjetunion, in Polen, der DDR und anderswo seine „Heldentaten" nicht so recht würdigen. Doch Breschnew kann sicher sein, — das sei ihm an seinem Geburtstag gesagt — daß der Tag kommen wird, wo ihm nicht falsche Orden von einigen wenigen angeheftet werden, sondern Millionen Werktätige seine „Verdienste" entsprechend würdigen werden: Dann nämlich wird mit den Verbrechen Breschnews und der ganzen sozialimperialistischen Bande gründlich abgerechnet und der Lohn, das ist sicher, wird nicht gering sein.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Albanische Gewerkschaftszeitung "Puna"

Die allgemeine Krise vertieft sich ständig in den revisionistischen Ländern

„Der Charakter eines Staates und einer Partei", hat Genosse Enver Hoxha gesagt, „wird nicht durch Namen bestimmt und auch nicht allein durch ihre soziale Zusammensetzung, vielmehr in erster Linie und vor allem durch die von ihnen verfolgte Politik, d. h. durch die Frage, wem diese Politik dient und wer von ihr Vorteile hat."

In der UdSSR und den übrigen revisionistischen Ländern hat sich der Charakter von Staat und Partei radikal geändert, an der Macht ist nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern die neue, revisionistische Bourgeoisie. Diese Veränderung, die sich in der Abschaffung der Diktatur des Proletariats ausdrückt, zieht ebenfalls eine Veränderung der Produktionsverhältnisse nach sich, d. h. aber auch der Formen des Eigentums an Produktionsmitteln, der Stellung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, ihrer gegenseitigen Beziehungen und der Verteilungsformen der Güter: All diese Formen und Verhältnisse sind vollständig entartet.

Die Staatsmacht, die seither in den Händen der sowjetischen und der übrigen revisionistischen Bourgeoisien liegt, hat sich in ein Mittel zur Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen verwandelt. Das staatliche Eigentum hat sich in kapitalistisches Eigentum verwandelt. Im gesellschaftlichen System der Produktion beutet die sowjetische Bourgeoisie, da sie die tatsächliche Besitzerin der Produktionsmittel ist, die Arbeiterklasse maximal aus und eignet sich einen Großteil der von dieser neu geschaffenen Werte an. In letzter Instanz handelt es sich also um eine ganz und gar kapitalistische Wirtschaft, wo als Folge der in diesem System wirkenden Gesetze alle entsprechenden Tendenzen wirken: die zur Stagnation der Produktion, zur Krise, Inflation, Arbeitslosigkeit, Preissteigerung usw.

Eine Untersuchung der Fakten zeigt, daß die allgemeine Krise, unter der die Sowjetunion leidet, neue Gipfel erreicht hat. In der Industrie bleiben für mehrere Branchen die Ziele des Fünfjahrplans unerreichbar. Die Produktion von elektrischer Energie lag im vergangenen Jahr um über 30 Mrd kWh unter den im Fünfjahrplan vorgesehenen Zahlen, die Stahlproduktion sank um 4 Mill. t, die von Erdöl um 7 Mill. t, die von Erdgas um 35 Mrd. Kubikmeter.

In Ungarn sahen sich die werktätigen Massen am 5. 7. 1976 mit enormen Preissteigerungen (30 bis 40%) konfrontiert, wobei es sich um die 5. Preissteigerung seit Januar 1975 handelte. In Polen wurde nach mächtigen Streiks der Arbeiter ein Plan zur Erhöhung der Preise um 50 bis 70% auf später verschoben, der den werktätigen Massen Polens jedes Jahr 97 Mrd. Zloty zusätzlich auspreßt.

Diese Lage, die in sämtlichen revisionistischen Ländern besteht, ist die Folge der kapitalistischen Entartung ihrer Wirtschaftspolitik und deren Ausrichtung auf Maximalprofite für die neuen Bourgeois. Diese kommt auch in der sinkenden Effektivität der wirtschaftlichen Leitung zum Ausdruck, die vom Rückgang der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion begleitet wird. Kann man etwa vom „Erfolg" der sowjetischen Landwirtschaft sprechen, wenn die Sowjetunion, unter Stalin einer der größten Weizenproduzenten der Welt, heute mehr als 28 Mill. t Weizen aus den USA, Kanada und Australien importieren muß? Dabei handelt es sich um systematische Importe, die seit mehreren Jahren zur Regel für die sowjetische Landwirtschaft geworden sind.

Oder die Verschuldung. Allein im ersten Halbjahr 1976 hat Japan der Sowjetunion 800 Mill. Dollar Kredit gewährt, wobei die riesigen Schulden der Satellitenstaaten bei zahlreichen kapitalistischen Instanzen nicht gerechnet sind.

Die wirtschaftlichen Rückschläge, die in einem offiziellen Bericht über das erste Halbjahr 1976 in Ungarn eingestanden wurden, die kolossalen Auslandsschulden Jugoslawiens, das 600-Mill.-Dollar-Defizit der CSSR im Außenhandel oder die häufigen Mangelerscheinungen auf dem sowjetischen Markt – all das sind nur kleinste Teile der riesigen Rückschläge aller Art, die als Folge der allgemeinen Krise eingetreten sind, die die Wirtschaft dieser Länder in ihren Fängen hält. Und die Folgen dieser Krise werden auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt, die die gleiche Ausbeutung wie in den kapitalistischen Ländern erleidet.

Die Entartung des Eigentums in der Sowjetunion und den übrigen revisionistischen Ländern hat zur Folge, daß die Produktion nicht mehr an der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen, sondern an der Realisierung von Maximalprofiten ausgerichtet ist.

Zu Ende des 19. Jahrhunderts wurde in der amerikanischen Industrie das Taylor-System eingeführt, das den Arbeiter zu täglicher Höchstproduktion durch absolute Ausschöpfung seiner Kräfte zwingen sollte. Für die amerikanischen und später für die westeuropäischen Bourgeoisien war das ein großer Vorteil, für die Arbeiter bedeutete es gleichzeitig den Ruin ihrer Gesundheit. Den gleichen Profit versucht augenblicklich die sowjetische Bourgeoisie mittels der Schtschekino-Methode zu erzielen, die nichts als eine mit dem Etikett „wissenschaftliche Methode der Arbeitsorganisation" verhüllte Taylor-Methode ist. Allein in 292 Betrieben der Föderativen Russischen Republik wurden bis zum 1. Juli 1973 70 000 Arbeiter aufgrund der Einführung dieses Systems entlassen. Selbstverständlich wurde die Arbeitsintensität der übrigen mehrfach gesteigert.

Außer durch Intensivierung der Arbeit beutet die revisionistische Bourgeoisie die Arbeiter auch durch ständige Steigerung der Steuern zusätzlich aus. Nach den offiziellen Zahlen der revisionistischen Sowjetpresse selbst belief sich die Summe der Steuereinnahmen im Jahre 1960 auf 5,6 Mrd. Rubel, sie stieg bis 1974 auf 15,7 Mrd., d. h. fast um das Dreifache.

Die Durchführung dieser volksfeindlichen Politik auf wirtschaftlichem Gebiet hat zur ständigen Verschärfung der Unterdrückung und Verelendung der werktätigen Massen in den revisionistischen Ländern geführt. Heute ist der Zustand weit von dem entfernt, als die sowjetischen Arbeiter und Kolchosbauern die Herren ihrer Fabriken, Werke und Kolchosen waren und das Ziel ihres Lebens in der Arbeit für sich selbst bestand.

Die allgemeine Umstülpung der wirtschaftlichen Beziehungen hat zur Umstülpung der sozialen Beziehungen in der Sowjetunion und den übrigen revisionistischen Ländern geführt. Die revisionistische Zeitschrift „Fragen der Wirtschaft" schämt sich nicht einzugestehen, daß die Arbeitskraft in der Sowjetunion von heute genauso eine Ware ist wie alle übrigen materiellen und geistigen Werte in diesem Land. Der Reichtum häuft sich gierig in der Hand einer kleinen Zahl von neuen Bourgeois an und die Polarisierung der Gesellschaft vertieft sich. Offiziell wird zugegeben, daß 30 Mill. Kolchosen-Arbeiter nicht einmal das unterste Lebensniveau erreichen, daß die sowjetischen Arbeiter, die 80 bis 90% des Personals der Betriebe ausmachen, nur 18% der häufig verteilten Sondergratifikationen erhalten, während also 82% davon in den Taschen der Spezialisten und Direktoren landen.

Im übrigen zeigt sich daran, daß der materielle Anreiz den absoluten Vorrang über den moralischen Anreiz gewonnen hat, daß er nicht mehr als Ermutigung zu Anstrengungen dient, sondern einfach als Methode zur Steigerung der Arbeitsintensität und Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Die Konsequenzen dieser Unterdrückung zeigen sich ständig deutlicher in den revisionistischen Ländern. Der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der revisionistischen Bourgeoisie verschärft sich ständig, während das revolutionäre Bewußtsein der Werktätigen in Stadt und Land ständig zunimmt, wie es in harten Kämpfen zum Ausdruck kommt.

In diesem Zusammenhang muß das Beispiel der jüngsten noch heftigeren Explosion der Unzufriedenheit und des Hasses der polnischen Arbeiter gegen die herrschende revisionistische Clique um Gierek genannt werden, die, wie es „Zeri i Popullit" bereits am 23. Dezember 1970 schrieb, „genauso wie die Gomulka-Clique auf dem volksfeindlichen Weg voranschreiten wird." Die Arbeiterklasse wird genauso wenig wie in Polen in den übrigen revisionistischen Ländern ihre Unterdrückung und Ausbeutung dulden, und sie beweist das durch konkrete Aktionen. Mehr noch: Sie verbindet den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie mit dem gegen die brutale Einmischung der sowjetischen Vormacht, die, unter dem Deckmantel von „ökonomischer Hilfe", ihre osteuropäischen Satelliten total ausplündert.

Die Sowjetunion hat ihre Krallen in die Schlüsselbereiche ihrer Wirtschaften gesteckt. Sie übt eine totale Kontrolle darüber aus und macht sie zu einem günstigen Absatzmarkt für ihre veralteten technischen und Anlagen-Lieferungen aller Art und für Werkzeugmaschinen, die in den übrigen kapitalistischen Ländern keine Abnehmer mehr finden. Im Lauf des Jahres 1975 verkauften die sozialimperialistischen Herren des Kreml Ausrüstung und Material im Wert von 670 Mill. Rubel in diese Länder, d. h. doppelt so viel wie 1970. Diese industriellen Anlagen haben zu großen Schwierigkeiten in der Wirtschaft dieser Länder geführt, aber diese Schwierigkeiten haben auch noch andere Ursachen. Das gesamte System der Beziehungen innerhalb des RGW beruht auf keinerlei Gegenseitigkeit, sondern einzig und allein auf der Vorherrschaft des Sozialimperialismus. Allein die Erhöhung der Erdölpreise hat der Sowjetunion im vergangenen Jahr 300 Mill. Dollar zusätzlich aus der CSSR eingebracht. Die sogenannte „internationale Arbeitsteilung" (unter sowjetischem Diktat) hat im übrigen die Mongolei dazu gezwungen, nur Viehzucht zu treiben und Rohstoffe auszubeuten, sie hat der CSSR die Möglichkeit genommen, ihr eigenes Uran zu verwerten, und Polens Werftindustrie in den Dienst der Sowjetunion gezwungen.

Die Arbeitskraft dieser Länder (selbstverständlich einschließlich Bulgariens) wird von der Sowjetunion ausgebeutet, um die Produktion von Rohstoffen und der Erdölindustrie zu erweitern, während ein Großteil ihres Kapitals in die sowjetische Industrie investiert werden muß, die auf diese Weise versucht, die von der schweren Wirtschaftskrise gerissenen Löcher zu stopfen.

Unter dem Druck der ständigen sowjetischen Gefahr über ihrem Haupte haben sich die Führer der revisionistischen Cliquen dieser Länder in wirkliche Vasallen Moskaus verwandelt. Sie verkaufen meistbietend die nationalen Interessen ihrer Länder und haben aus der Wirtschaft Bulgariens, Polens, der CSSR und Ungarns ein Anhängsel der sowjetischen kapitalistischen Wirtschaft gemacht.

Die Entwicklung der Ereignisse zeigt, daß die heute über die revisionistische Welt hereingebrochene allgemeine Wirtschaftskrise die Konsequenz der bürgerlichen Ausbeuterordnung ist, die in der Sowjetunion und den übrigen Ländern Osteuropas restauriert wurde. Sie lastet ständig schwerer auf den Schultern der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen und verschlimmert ihre Lage. Deshalb wächst täglich ihr Bewußtsein, daß sie, um sich ein für allemal der Unterdrückung und Ausbeutung durch die neue Bourgeoisie zu entledigen, kämpfen müssen bis zum Sturz der revisionistischen Cliquen und zur Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats.

(Puna Nr. 3/1976)

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, SEKTION DDR

Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Die revisionistischen Parteien des Westens

Im Dienst des internationalen europäischen Kapitals

Unter dem Titel „Die revisionistischen Parteien des Westens im Dienst des internationalen europäischen Kapitals" brachte Radio Tirana am 7. 12. 76 einen Kommentar zum Beitritt der italienischen Revisionisten zur Versammlung der Westeuropäischen Union. Wir drucken im Folgenden einen Auszug aus dem Kommentar ab.

Erst vor kurzem wurde bekanntgegeben, daß die italienischen Revisionisten offiziell der Versammlung der Westeuropäischen Union beigetreten sind, einer europäischen Gruppe, die sich mit den Fragen der sogenannten „europäischen Verteidigung" befaßt und die in enger Zusammenarbeit mit dem aggressiven Nordatlantischen Pakt wirkt. So nahm die Delegation der italienischen Revisionisten neben der Delegation der französischen Revisionisten in dieser Versammlung Platz. Im Gegensatz zu den Interessen der europäischen Völker, der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen Westeuropas, versuchen die italienischen, die französischen und andere Revisionisten, ihr Aufgehen in diesem sogenannten „Vereinigten Europa" zu rechtfertigen und den Menschen weiszumachen, diese Vereinigung, die das europäische Kapital zusammenschustert, verfolge das Ziel, Frieden und Fortschritt zu sichern. „Von nun an", so erklärte Ugo Peccidi, Mitglied der Delegation der italienischen Revisionisten, die soeben in die Versammlung der Westeuropäischen Union aufgenommen wurde, „können wir uns an der Zusammensetzung des Vereinigten Westeuropa beteiligen, dessen Ziel Frieden und Demokratie sind." Den italienischen Revisionisten zufolge werden also in diesem Vereinigten Europa alle in Frieden leben, die Wölfe wie die Schafe, die Kapitalisten wie die Arbeiter, die Ausbeuter wie die Ausgebeuteten.

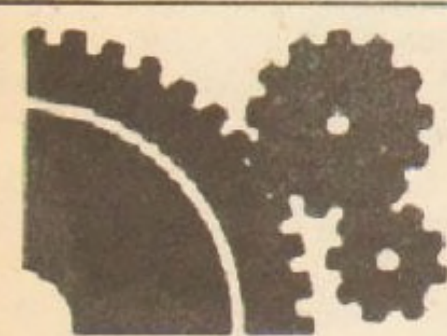
Der Führer des albanischen Volkes, Genosse Enver Hoxha, hat in seinem Bericht auf dem 7. Parteitag der PAA in dieser Frage unterstrichen: „Mit der Gründung der Vereinigten Staaten von Europa wird das Ziel verfolgt, den Begriff der Nationalität der verschiedenen europäischen Staaten aus der Welt zu schaffen, ihre Kultur und ihre Traditionen zu integrieren und ineinander aufgehen zu lassen, mit anderen Worten, die Eigenständigkeit der Völker und Staaten Westeuropas unter der Leitung der reaktionären kosmopolitischen Bourgeoisie dieses Kontinents zu beseitigen."

In der Tat läuft das „Vereinigte Europa", das das Kapital Westeuropas zusammenschustert, darauf hinaus, daß eine neue imperialistische Supermacht geschaffen wird, mit den gleichen Ansprüchen auf Hegemonie und Herrschaft, wie sie die USA und die Sowjetunion haben. Es ist eine Vereinigung der kapitalistischen Monopole und Truste zur brutalen Ausbeutung des Proletariats und der übrigen werktätigen Massen Europas sowie der Völker der Welt. Daß die Revisionistencliquen des Westens das „Vereinigte Europa" befürworten und beschönigen, ist daher ein großer Dienst, den sie der europäischen Monopolbourgeoisie erweisen. Das „Vereinigte Westeuropa", das die italienischen, die französischen und anderen Revisionisten anstreben, ist eben das Europa, das sich auch die Sozialdemokraten und die flammensten Atlantiker, die Industriebarone und die internationalen Monopole wünschen, die das westliche Europa beherrschen. Daß die Revisionisten des Westens das „Vereinigte Europa" aufpolieren und unterstützen und sich an seinen Institutionen beteiligen, ist ein weiterer Ausdruck und eine aufschlußreiche Tatsache, die vom Grad der Entartung dieser revisionistischen Cliquen zeugt. Darin spiegeln sich ihre Versuche wider, ein noch größeres Vertrauen bei der Bourgeoisie zu gewinnen, vor ihr als Parteien des Kompromisses und der Klassenzusammenarbeit auch auf internationaler Ebene aufzutreten und so irgendeinen Regierungssitz zu ergattern und ihren Anteil aus dem Schweiß des europäischen Proletariats abzupressen.

Die Tatsache, daß die europäische Bourgeoisie jetzt die revisionistischen Vertreter in ihre internationalen Institutionen aufnimmt, in denen sie auch Informationen über äußerst geheime Angelegenheiten erhalten, wie über die Kompetenzen des „Vereinigten Westeuropas", zeigt, daß das Monopolkapital ein immer größeres Vertrauen in die revisionistischen Parteien hat, da diese nichts mehr mit der Revolution und den Interessen des Proletariats gemein haben. Die Monopolbourgeoisie benötigt derzeit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene die Dienste der Revisionisten und nutzt sie dazu aus, die Klassennatur der verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen zu tarnen, unter den werktätigen Massen reformistische und parlamentarische Illusionen lebendig zu erhalten, ihren Kampfgeist zu lähmen und sie vom einzig richtigen Weg des entschlossenen Kampfes gegen die Ordnung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung abzubringen.

Unter diesen Bedingungen ist es die Aufgabe der revolutionären Kräfte, der aufrechten marxistisch-leninistischen Parteien, das Proletariat und die werktätigen Massen in Westeuropa im entschlossenen Klassenkampf zu organisieren und zu führen, um die Verratspolitik und die Verschwörung der modernen Revisionisten bis zuletzt zu entlarven und die arbeiterfeindlichen Pläne und die volksfeindliche Politik der europäischen Bourgeoisie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene und nicht zuletzt die Einmischungen und die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte in Europa zu bekämpfen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Überstunden verweigert

Liebe Genossen

Seit Ende September arbeite ich in einer kleinen Druckerei in der Innenstadt. Die beiden Drucker, die dort vorher waren und eine bessere Stelle gefunden hatten, erzählten uns Neuen gleich, daß man hier genau aufpassen müßte, daß der Kapitalist auch richtig abrechnet etc.

Ende Oktober war es dann soweit. Wir warteten auf die Abrechnung, auf unser Geld und auf die Verträge, die nach vier Wochen Probezeit fällig waren.

Am 31.10. war nichts da. Wir beschlossen, uns zusammenzusetzen und zu klären, was wir machen. Die Kollegen waren zunächst allerdings noch nicht bereit, Konkretes zu unternehmen. Einer ging erst mal hoch und fragte an, was nun sei. Der Kapitalist vertröstete uns auf den nächsten Tag. Dort spielte sich das noch einmal ab. Am nächsten Tag setzten wir uns wieder zusammen. Die Kollegen brauchten natürlich das Geld. Einer war z. B. monatelang arbeitslos gewesen.

Ich sagte, daß wir auf jeden Fall einheitlich vorgehen müßten, um etwas zu erreichen, z. B. keine Überstunden. Dies fand Zustimmung, obwohl der eine Kollege zuerst noch etwas zögerte und seine Hoffnung lieber in die Gewerkschaft setzen wollte. Wir diskutierten darüber, und es gelang mir, ihn davon zu überzeugen, daß wir uns hier auf die eigene Kraft stützen müßten, wobei ich vor allem auch von einer Kollegin unterstützt wurde, die da für wenig Geld den härtesten Job hat (Papier zusammentragen, heften etc) und überhaupt eine kämpferische Haltung hatte.

Irgendwann kam dann der Kapitalist herein. Nun zeigte es sich, was für eine Angst die Brüder haben, wenn sie auf unsere Geschlossenheit treffen. Er ging zu dem einen Kollegen und erklärte ihm einen Druckauftrag. Dieser hörte zu und sagte dann, es sei alles klar, aber wo wäre sein Vertrag? Er kam dann zu mir und wies mich an, die Maschine zu säubern. Ich sagte, das könnte ich schon machen, aber wo wäre meine Abrechnung? Jetzt wurde er nervös. Er kriegte ein hektisches Aussehen und begriff wohl, was los war. Dann fragte er uns alle, wie es heute abend wäre mit Überstunden. Der andere Kollege sagte ihm, daß wir vorher unser Geld sehen wollten. Jetzt war es aus. Er versuchte es mit Ausflüchten und bekam aber nur ein Achselzucken. Nun sagte er gar nichts mehr und lief noch einen Moment nervös von einer Ecke in die andere. Was meint ihr, wie lange es noch dauerte mit dem Geld? Nur ein paar Stunden. Beim Abschluß der Verträge versuchte er noch, mir eine Mark weniger zu bezahlen als dem anderen Drucker. Als ich aber sagte, ich wüßte, daß der andere mehr kriegt und wir gleich gut wären (was er auch zugab), konnte er nichts mehr machen.

Diesen Monat hatten wir unsere Abrechnung äußerst pünktlich. So etwas war ihm wohl noch nicht passiert. Man kann aber daran wieder einmal deutlich sehen, daß wir unsere berechtigten Forderungen durchsetzen können, wenn wir nur zusammenstehen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Norddeutschland

"Wir wollen einen Betriebsrat"

Seit ungefähr einem Jahr bin ich in einer Schweißmaschinen GmbH im Raum Gießen beschäftigt. Wir haben ungefähr 50 Beschäftigte, Arbeiter und Angestellte. Die Geschäftsleitung versuchte schon seit jeher uns einzureden, daß wir alle eine große Familie wären und deshalb wohl auch keinen Betriebsrat brauchen würden. Wenn wir Probleme hätten, sollten wir ruhig zu unserem Chef kommen, wie zu einem Vater ... Als sich aber in der letzten Zeit Ungerechtigkeiten häuften, wie z. B. Arbeitshetze u. Überstunden ohne Bezahlung oder Kündigungen mit sehr zweifelhaften Begründungen, Schikanen usw., beschlossen wir, nun doch einen Betriebsrat zu wählen. Daß uns große Schwierigkeiten gemacht würden, haben wir von Anfang an klar gesehen. So kam es dann auch. Der „Anführerin" wurde mit Rausschmiß gedroht, aber eine ganz unwahrscheinliche Solidarität war unter dem Druck gewachsen, daß es nicht durchgeführt wurde. Man gab sich mit einer „Versetzung" zufrieden. Aber schikaniert wird, wo es geht, hauptsächlich auf einem höflichen Weg!

In einer Woche ungefähr soll nun die Wahl stattfinden. Mittlerweile haben einige Kollegen doch Angst bekommen, aber die anderen machen weiter. Hauptsächlich diejenigen, die im Wahlausschuß sind und auf die Wählerliste kommen, spüren den Druck von oben am meisten.

Aber sehr deutlich kann man auch noch eine Angst im Betrieb spüren, nämlich die Angst der von oben, daß wir doch nicht ganz so dumm sind, wie die es eben gerne hätten. Wenn der Stein einmal ins Rollen kommt und die merken, daß wir zusammen sehr stark sein können, dann werden sie immer kleiner, die großen Chefs. Wir sind uns aber im klaren, daß diese Leute nicht aufgeben werden, ihre dunklen Spielchen im Dunkeln weiterzuspielen, wir werden aber deshalb nicht aufhören, sie aufzudecken, wir machen weiter!

Rot Front!

Praktiken, die an Sklavenmärkte erinnern

Während meiner Ausbildung in einem mittelgroßen Fuldaer Metallbetrieb fiel mir durch Zufall ein Personal-Beurteilungsbogen in die Hände, wie er in fast allen Unternehmen zur Bespitzelung der Arbeiter und kleinen Angestellten üblich ist. Die Meister und höheren Angestellten haben diesen Beurteilungsbogen ausgefüllt der Personalabteilung weiterzuleiten. Ich möchte einige Auszüge der Charakterisierungsmöglichkeiten, aus denen die am meisten zutreffende zu unterstreichen ist, als Beispiel anführen, wie unverschämt und hinterlistig die Kapitalisten und ihre Unteroffiziere uns Arbeiter und kleine Angestellten als „Zuchtvieh" einstufen und katalogisieren:

Äußere Erscheinung: unordentlich - schwächlich - kränklich - müde - kräftig - weichlich - schmutzig

Beeinträchtigung der Leistung durch Krankheit und körperliche Fehler: dauernd - häufig - selten - gelegentlich - niemals

Arbeitscharakter: kommt zu spät: häufig - selten - nie - Ordnung ausgeprägt - befriedigend - ordentlich - pedantisch

Die Aufgaben werden ausgeführt: ordentlich - ruhig - ständig - gehetzt - oberflächlich - flatterhaft

Verhalten gegenüber Mitarbeitern: vertrauensselig - hilfsbereit - großsprecherisch - geltungssüchtig - Abstand haltend - bereitwillig - Einzelgänger - unzugänglich - gleichgültig

Kontakt: überschwenglich - herzlich - warm - verhalten - kühl - abweisend - kalt - teilnahmslos

Verhalten gegenüber Vorgesetzten: oppositionell - feindselig - eigensinnig - anpassungsfähig - unterwürfig - empfindlich - dickfällig - unbefangen - mißtrauisch - vorsichtig

Der Sinn dieser Beurteilungsbögen ist klar: Nur die kräftigsten, gesündesten, fleißigsten, anpassungsfähigsten, d. h. kritiklosesten Arbeiter werden ausgesucht, um für die Kapitalisten schuften zu dürfen — Praktiken, die an Sklavenmärkte erinnern. Die Kollegen würde sicherlich die Wut packen, wüßten sie das und wie sie als Fragebogenobjekte eingestuft werden. Kein Wunder also, daß die Existenz dieser Fragebögen peinlichst geheimgehalten wird.

Ein Rotgardist

Ruhrkohlekapitalisten

26 Feierschichten für 1977 geplant

Die Lage im Steinkohlebergbau wird derzeit bestimmt durch die höchsten Kohlenhalden an Rhein und Ruhr, die es überhaupt seit Bestehen der Bundesrepublik gab. Durch Rationalisierung, verschärfte Antreiberei, Feierschichten und Entlassungen versuchen die Kapitalisten, ihre Profite dennoch hochzuhalten und sogar noch zu steigern. Daß sich dagegen aber der Widerstand und die Kampfentschlossenheit der Kumpels verstärken, zeigte sich kürzlich auch auf der Belegschaftsversammlung der Zeche Blumenthal in Recklinghausen.

Die „Rote Faust", Betriebszeitung der KPD/ML für die Kumpels auf Blumenthal, hatte kurz vor dieser Belegschaftsversammlung enthüllt, daß die Ruhrkohle AG (RAG) den Plan gefaßt hat, im kommenden Jahr auf allen Schachtanlagen bis zu 26 Feierschichten einzulegen. Auf dem Höhepunkt der großen Kohlenkrise war die höchste Zahl an Feierschichten 23 gewesen. Die „Rote Faust" erregte mit dieser Information großes Aufsehen auf der Zeche. Vor der Betriebsversammlung wandten sich nun in den Revieren einige Kumpels an zwei Kollegen, die als Kommunisten bekannt sind, mit der Bitte, auf der Versammlung die Feierschichten zur Sprache zu bringen.

Wie üblich kamen zuerst die „Berichte" von Direktion und Betriebsrat. Wie die Katze um den heißen Brei schlich sich Betriebsratsvorsitzender Brandau, der gleichzeitig dank der Mitbestimmung im Aufsichtsrat sitzt, um das Thema Feierschichten herum. Die Kumpels wurden immer unruhiger. Ein unwilliges Murren ging durch die Halle, so daß Brandau völlig verunsichert wurde und seine Rede vorzeitig abbrach. Sofort ging dann einer der kommunistischen Kollegen nach vorne.

Gleich zu Beginn seines Redebeitrages stellte er klar, daß die Kumpels auf folgende Fragen eine klare Antwort verlangen: Erstens. Wie hoch ist die Zahl der geplanten Feierschichten und warum werden die Kumpels darüber bewußt im Unklaren gelassen? Zweitens: Weshalb müssen an den Samstagen die Weihnachtsschichten herausgeholt werden, obwohl doch gleichzeitig so viele Feierschichten geplant sind und wie rechtfertigt der Betriebsrat, daß er seine Zustimmung dazu gegeben hat? Die dritte Frage richtete der Kollege direkt an Brandau: „Herr Aufsichtsrat Brandau, wann haben Sie in einer Aufsichtsratssitzung für Feierschichten gestimmt?"

Der Kollege entlarvte dann die verlogenen Parolen und Sprüche der Clique um Brandau und auch der D„K"P-Revisionisten, die alle, wenn auch in unterschiedlicher Form, den Arbeitern weiszumachen versuchen, sie hätten mit den Kapitalisten gemeinsame Interessen. Dadurch wollen diese Bonzen und Arbeiterverräter verhindern, daß die Kumpels entschlossen und kompromißlos gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen.

Der Kollege sagte: „Das Ziel der RAG-Kapitalisten besteht nur darin, soviel Profit wie möglich aus den Kumpels herauszupressen. Gegenüber 1961 schafft heute ein Drittel der damaligen Belegschaft 2/3 der damaligen Jahresförderung. Aber der Kumpel soll jetzt dafür bezahlen, daß die Halden in den Himmel wachsen. Die RAG hat in den letzten Jahren Zig-Millionen an Profiten gemacht. Aber unsere Lebenslage hat sich zunehmend verschlechtert und sie verschlechtert sich weiter. Wir haben es satt, von den Kapitalisten belogen und von den Betriebsräten verschaukelt und verraten zu werden. Wir müssen kämpfen für unsere Interessen und dabei müssen wir immer klarer sehen, daß unser Kampf unversöhnlich gegen das Kapital und alle Bonzen und Verräter gerichtet sein muß." Am Schluß seiner Rede bekräftigte der Kommunist die Forderung der Kollegen: „Volle Bezahlung der Feierschichten!"

Diese Rede wurde mit außergewöhnlich großem Beifall aufgenommen. Alle Betriebsräte waren zu feige, auf die Fragen, die der Kommunist eingangs gestellt hatte, zu antworten. Stattdessen schimpfte Brandau und zeterte: „Die Rede ist gar nicht von dir. Die KPD/ML hat sie dir vorgeschrieben ..." Damit konnte er allerdings seine korrupte, arbeiterfeindliche Rolle nicht mehr vertuschen. Ein Kumpel brachte nach der Versammlung die Meinung vieler Kollegen zum Ausdruck als er sagte: „Der Betriebsrat hat gelogen, die KPD/ML sagt die Wahrheit." In den folgenden Tagen kamen im Betrieb immer wieder Kollegen zu den beiden Kommunisten, um ihnen ihre Zustimmung und Solidarität zu versichern. Das zeigt: durch diese Belegschaftsversammlung wurde die Geschlossenheit und die Kampfbereitschaft der Kumpels gestärkt.

Metalltarifrunde: 9,6% - nicht die Forderung der Kollegen

Am 15. Dezember legten die Tarifkommissionen der IG Metall im Bezirk Hamburg die Forderung des Bonzenapparates für die diesjährige Metalltarifrunde in den entsprechenden Tarifgebieten (Schleswig-Holstein, Hamburg, Unterwesergebiet und nordwestliches Niedersachsen) fest. Sie lautet: 9,6%.

Diese Forderung liegt etwas höher als die Forderung, die die IGM-Bonzen bei der erst kürzlich abgeschlossenen Stahltarifrunde in NRW und bei Klöckner in Bremen aufgestellt hatten: nämlich 8,5%. Es ist also anzunehmen, daß für die Metalltarifrunde zwischen den Vertretern des Monopolkapitals und dem Gewerkschaftsapparat vereinbart wurde, daß man sich auf einen Abschluß „einigen" wird, der um einige Zehntelprozent über dem Abschluß bei Eisen und Stahl liegt (selbstverständlich nach „langen und harten Verhandlungen", wie üblich). Vermutlich dürfte dieser vorprogrammierte Abschluß sich so zwischen 6 und 7 Prozent bewegen.

Bei einem 6,5% Abschluß würde für die Metaller netto eine Tariferhöhung von ca. 60 Mark herauskommen, also knapp 5 DM mehr als für die Stahlwerker bei dem 6% Abschluß. Der Unterschied ist also minimal und ändert nichts daran, daß auch dies ein Lohnraubabschluß wäre, der zu einem weiteren Absinken des Lebensstandards der betroffenen Arbeiter und kleinen Angestellten führt.

Warum fordern die Bonzen nun hier ein paar Pfennig mehr als bei Eisen und Stahl? Ein Grund dafür liegt wahrscheinlich darin, daß sie damit ihre abwieglerischen Parolen von den „Konjunkturgerechten Lohnforderungen" untermauern wollen nach dem Motto: in der Metallverarbeitung ist die Absatzlage etwas besser als bei Stahl, also dürfen die Arbeiter auch ein paar Pfennige mehr fordern. So sollen die Arbeiter und kleinen Angestellten im Geist der Rücksichtnahme auf die Interessen ihrer Feinde, der Kapitalisten erzogen und damit vom unversöhnlichen Kampf Klasse gegen Klasse abgehalten werden.

Die Metaller müssen diesen Absichten der Bonzen die richtige Antwort erteilen, indem sie ihre Sache selbst in die Hand nehmen und für ihre eigenen Forderungen selbstständig den Kampf führen. Nur so können sie sich gegen den Lohnraub zur Wehr setzen. Die 9,6% Forderung ist nicht die Forderung der Arbeiter und kleinen Angestellten. Dort, wo die Kollegen wirklich selbständig Forderungen diskutiert und aufgestellt haben, versuchen die Bonzen und die D„K"P-Revisionisten das mit allen Mitteln und vielerlei Tricks zu verhindern. Wo das dem Gewerkschaftsapparat nicht gelang, stellten die Kollegen meist lineare Forderungen auf, so z. B. 1,50 DM in einigen Gewerken von HDW in Hamburg. Nur wenn die Metaller den IGM-Apparat schonungslos als ihren Feind bekämpfen, können sie auch den Kapitalisten wirklich Schläge versetzen und ihre Kampfkraft für eine wirkliche Lohnerhöhung ins Feld führen.

Kommunistischer Arzt entlassen

In Duisburg wurde der Arzt Dr. F., angestellt in der Inneren Abteilung des St. Johanneshospitals fristlos entlassen und mit Polizeigewalt aus dem Krankenhaus geschleppt. Dr. F. ist Kommunist.

Das St. Johanneshospital wird von der Katholischen Kirche getragen, aber auch die Thyssenkapitalisten sind an ihm beteiligt. Es wird hauptsächlich von Kollegen der Thyssenhütte benutzt. Die politische Unterdrückung der Werktätigen am Krankenhaus ist besonders groß, Schnüffelei und Denunziantentum sind an der Tagesordnung. So wurden schon vor einiger Zeit zwei Pflegeschüler entlassen, weil sie angeblich etwas mit dem „Skalpell", der Betriebszeitung der KPD/ML für die Krankenhäuser in Duisburg-Nord zu tun hatten. Beweise dafür hatte die Krankenhausverwaltung allerdings nicht und konnte sie auch nicht haben, weil die beiden tatsächlich nichts mit der Partei zu tun hatten. Es waren fortschrittliche Kollegen, die es gewagt hatten, den Mund aufzumachen und ihre Meinung zu sagen.

Auch Dr. F. wurde entlassen, weil er angeblich etwas mit dem „Skalpell" zu tun haben sollte. Der einzige „Beweis" für diese Behauptung: die Denunziation eines „Kollegen", eines gewissen Dr. Rühlmann, Arzt an der Gefäßchirurgischen Abteilung und seines Zeichens Mitglied der „Mitarbeitervertretung". Er wollte Dr. F. angeblich beim Verkauf des „Roten Morgen" gesehen haben.

Die Denunziation und die drohende Entlassung Dr. F. haben unter den Werktätigen auf seiner Station große Empörung hervorgerufen. Die Schwestern wollten geschlossen zum Personalchef gehen, um gegen die Entlassung zu protestieren. Eine von ihnen ging sofort spontan dorthin und wurde mit der Lüge, „es sei noch nichts entschieden" abgewimmelt. **Als die Krankenhausverwaltung das Hausverbot aussprach, setzte sie bewußt die ärztliche Versorgung der Patienten aufs Spiel. Hätte Dr. F. sofort das Krankenhaus verlassen, wie ihm befohlen wurde, wäre an diesem Tag für eine Notfallbehandlung kein einziger Arzt anwesend gewesen.**

Hunderttausende Jugendliche arbeitslos

Interview mit jungem Arbeitslosen

Kürzlich hatte der „Rote Morgen" Gelegenheit, einen jungen arbeitslosen Kollegen zu interviewen. Er ist schon seit mehr als einem Jahr mit der Schule fertig und hat seither noch keine Lehrstelle bekommen. Seit einiger Zeit besucht er eine gewerbliche Schule, auf der er an einer speziell für arbeitslose Jugendliche eingerichteten „fachbezogenen Ausbildung" teilnimmt, die sich über ein Jahr erstreckt und als Ersatz für das erste Lehrjahr einer entsprechenden Gruppe von Berufen gelten soll. Seine Kollegen haben ihn zu ihrem Klassensprecher gewählt. Er heißt Frank, ist 16 Jahre alt und sympathisiert mit der KPD/ML und der ROTEN GARDE.

RM: Berichte uns doch zunächst bitte einmal etwas über deine Lage als Jugendlicher ohne Lehr- und Arbeitsstelle.

Frank: Meine Lage ist sehr schlecht. Ich verdiene keinen Pfennig Geld. Meine Mutter muß mich von ihrer Rente und von dem wenigen Geld ernähren, das sie dadurch verdient, daß sie ein Kind beaufsichtigt. Meine Mutter ist geschieden. Ich kann mir praktisch selbständig nichts kaufen oder anschaffen.

Seit einigen Monaten nun mache ich dieses fachbezogene Ausbildungsjahr. Wir haben pro Woche sechs Tage Unterrricht. Je drei Tage theoretischen und praktischen. Das soll eine Übergangslösung sein für den späteren Einstieg in eine richtige Berufsausbildung. Aber die Aussichten sind trübe. Doch ich bin nicht der einzige, dem es so ergeht. Einer meiner Schulfreunde wurde auch gleich nach der Schule arbeitslos. Vor einiger Zeit hat er nun eine Stelle als Fensterputzer angenommen. Da verdient er nur 600 DM im Monat. Außerdem hat er jeden Tag eine stundenlange Anfahrt mit dem Zug, denn die Firma liegt außerhalb der Stadt. Ein anderer Freund z. B., der weder eine Lehrstelle noch sonst eine Arbeit bekam, ist auf die schiefe Bahn geraten. Als er in einem Kaufhaus eine Hose klauen wollte, haben sie ihn erwischt. Er bekam eine Geldstrafe aufgebrummt. Aber wovon sollte er die bezahlen? Er hat dann weiterhin krumme Dinger gedreht, weil er keinen Ausweg sah und meinte: Es ist doch so und so alles egal. Inzwischen habe ich schon seit längerem den Kontakt zu ihm verloren.

RM: Wie wirst du mit deiner Lage fertig, worin siehst du einen Ausweg?

Frank: Auch wenn die Aussichten nicht gut sind, so hoffe ich immer noch, daß ich in absehbarer Zeit eine Lehrstelle bekomme. Ich möchte gerne Schlosser oder Schreiner werden. Aber so oder so bin ich der Meinung, daß die Arbeiterjugend nur eine vernünftige Zukunft haben wird, wenn sie sich zusammenschließt und kämpft. Wir müssen mit den älteren Arbeitern zusammen gegen dieses System kämpfen, gegen diesen verdammten Ausbeuterstaat. Wir müssen uns von den Kapitalisten befreien. Aber das geht nur durch die Revolution. Durch die Revolution kann die Arbeiterklasse ihren eigenen Staat schaffen, wo uns keiner mehr ausbeuten kann und wo es auch keine Arbeitslosigkeit mehr gibt. Weil die ROTE GARDE und die Partei genau dafür kämpfen, finde ich sie gut und ich will mich auch dafür einsetzen.

RM: Du besuchst jetzt eine Schule, wo du ein Jahr lang eine „fachbezogene Ausbildung" absolvierst. Es heißt, daß sich dadurch die Chancen, eine Lehrstelle zu bekommen, verbessern. Wie steht es damit?

Frank: Die Wirklichkeit sieht, wie ich inzwischen weiß, anders aus. Die Chancen werden durch dieses Ausbildungsjahr nicht besser, eher sogar schlechter. Die Gesetze legen fest, daß dieses Ausbildungsjahr als Ersatz für das erste Lehrjahr zählt. Die Kapitalisten wollen aber lieber Lehrlinge, die sie drei Jahre als besonders billige Arbeitskräfte ausbeuten können und nicht nur zwei Jahre. Außerdem haben sie den Lehrling lieber von Anfang an, gleich nach Ende der Schulzeit, unter ihrer Fuchtel, weil sie ihn dann besser schleifen und kleinkriegen können. Meine Meinung ist: Der Staat hat dieses Jahr nur eingeführt, um sagen zu können, daß er doch alles Mögliche für die arbeitslosen Jugendlichen tut.

RM: Du meinst auch, daß das Gerede des Staates von der „Sorge um die arbeitslosen Jugendlichen" nur Demagogie ist?

Frank: Ja, das ist meine Meinung. Auch durch andere Erfahrungen wurde ich darin bestärkt. Zum Beispiel als mich das Arbeitsamt zum Praktikum schickte. „Praktikum" bedeutet, daß man für mehrere Tage zu einer Firma kommt und wie ein Lehrling beschäftigt wird – mit dem Unterschied, daß man nicht einmal die paar Mark Lehrlingsgeld dafür erhält. Dieses „Praktikum" soll dazu dienen, daß man eine bessere Vorstellung über den entsprechenden Beruf bekommt. Ich war zweimal bei solch einem „Praktikum". Meine Vorstellung, die ich bekommen habe, ist nicht gerade positiv. Man wurde nämlich behandelt wie ein Sklave. „Nimm gefälligst eine gerade Körperhaltung an!" – so wurde man gleich am Anfang angeschnauzt. Wenn man sich zwischendurch mal hinsetzte, hieß es gleich: „Was fällt dir eigentlich ein? Bei der Arbeit hast du dich nicht hinzusetzen!" Ich hatte das Gefühl, das Arbeitsamt schickt einen da nur hin, damit man sich eher mit der Arbeitslosigkeit abfindet.

RM: Kannst du uns etwas über die Verhältnisse an der gewerblichen Schule berichten?

Frank: Meine Meinung ist: Auf der Schule geht es nicht so sehr darum, daß wir nützliche Dinge lernen, sondern mehr darum, daß man uns dazu erziehen will, sich ohne großen Widerstand ausbeuten zu lassen. Da gibt es eine Reihe von Schikanen zum Beispiel, in denen ich keinen anderen Sinn sehen kann. Das zeigt sich schon in ganz kleinen Beispielen: So dürfen wir Schüler z. B. im ganzen Schulgebäude nicht rauchen, die Lehrer aber schon. In der Werkstatt geschah kürzlich folgendes: Ein Lehrer, wahrscheinlich ein Konrektor, kam rein mit brennender Zigarette – obwohl groß angeschlagen ist, daß das Rauchen wegen Feuergefahr verboten ist. Ein Freund von mir sagte: „Hier ist das Rauchen verboten." Darauf der Konrektor: „Bei mir ist das etwas ganz anderes, da habt doch ihr euch nicht einzumischen." Ich sagte dann: „Wenn Ihre Zigarette in den Tank fällt, knallt es genauso, als wenn es eine von uns wäre." Er hat natürlich trotzdem weitergeraucht. Solche Beispiele gibt es viele. Was aber besonders übel ist: Man behandelt uns deutsche und die ausländischen Kollegen ungleich. Sie werden wegen jeder Lappalie angeschrien. Einer der ausländischen Kollegen kommt deshalb schon gar nicht mehr zum Werken. Man will offensichtlich uns deutsche Jugendliche dazu erziehen, daß wir unsere ausländischen Kollegen verachten und uns ihnen gegenüber als etwas Besseres vorkommen. Da zeigt sich doch ganz klar, wie man schon hier auf der Schule an der Spaltung von uns Arbeitern arbeitet. Man will uns verdummen und vom Klassenkampf abbringen.

RM: Genau das ist die Absicht des Staatsapparates. Aber erreicht er sein Ziel?

Frank: Es wird ihm bestimmt nicht gelingen, uns so zurecht zu schleifen, wie es die Kapitalisten gerne haben wollen. Wir sind ja nicht auf den Kopf gefallen. Dafür gibt es auch Beispiele. Nach der Bundestagswahl gab man uns Propagandamaterial der Bonner Parteien. Wir sollten es lesen und im Politikunterricht unsere Meinung dazu sagen. Da habe ich dann einen Vortrag darüber gehalten, daß der ganze Wahlrummel im Grunde doch Schwindel ist und daß wir mit unseren Steuergeldern auch noch Unsummen bezahlen müssen, die dafür verpulvert werden. Die Kollegen fanden das richtig. Es haben sich noch ziemlich viele dazu gemeldet. Sie haben alle das rosarote Bild über unseren Staat widerlegt, das in den Prospekten der Bonner Parteien gemalt wurde. Sie haben es mit grau übermalt und klargestellt, wie die Verhältnisse wirklich aussehen. Und sie haben klargestellt, daß nicht die Arbeiter schuld sind, wenn sie arbeitslos sind, sondern daß das an den Kapitalisten liegt. Ich würde sagen: Meine Kollegen stehen hinter dem Kampf der Arbeiterklasse.

Noch ein anderes Beispiel: Im Politikunterricht wurde das Thema Lohnerhöhungen behandelt. Wir sagten, daß es doch eine üble Sache ist, daß die Preise jedesmal noch mehr steigen als die Löhne. Einige von uns sagten: Eigentlich müßte es doch so sein, daß die Preise langsam sinken und die Löhne könnten dann gleichbleiben. Da sagte die Lehrerin: „Da bin ich ja auch dafür." Darauf ein Zwischenruf: „Warum tun Sie dann nichts gegen die Verhältnisse hier?" Die Lehrerin hatte das nicht erwartet und sagte: „Ich bin Beamtin und kann mich nicht gegen die Verhältnisse sträuben." Sie war dann froh, als die Stunde vorbei war und hat seitdem eine Scheu davor, politischen Unterricht zu geben.

Ich meine, daß die meisten meiner Klassenkameraden schon ziemlich gut sehen, daß die Ursache für unsere Misere, für die Arbeitslosigkeit usw. der Kapitalismus ist und daß man dagegen irgendwie kämpfen muß. Nur ist ihnen noch nicht klar genug, daß wir uns nur auf die eigene Kraft verlassen dürfen und daß wir, die Arbeiterklasse, unheimlich stark sein können, wenn wir zusammenhalten und ein klares Ziel vor Augen haben. Auch an der Schule schließen wir uns zusammen, um für Forderungen zu kämpfen. So wollen wir jetzt den Kampf dagegen führen, daß hier eine kaum auszuhaltende Lärmbelästigung herrscht, weil direkt an der Schule die Bundesbahnlinie vorbeiführt. Die zuständigen Bonzen haben bisher auf unsere Forderungen, daß Schallschluckwände gebaut werden, nicht reagiert. Jetzt diskutieren wir darüber, was wir unternehmen können, um unsere Forderung durchzusetzen. Die meisten sind der Meinung, daß wir streiken und einen Protestmarsch organisieren müssen. Demnächst findet darüber eine Schülerratssitzung statt. Es tut sich also auch an der Schule einiges. Wir lassen uns schon lange nicht mehr alles gefallen und das ist schon einmal ein guter Ausgangspunkt. Ich diskutiere natürlich auch oft mit meinen Kameraden über Politik und des öfteren habe ich auch schon „Rote Morgen" verkauft und die RG-Zeitung. Ich bin sicher: Mit der Zeit werden auch bei mir an der Schule immer mehr Kollegen sehen, daß ihnen auf ihre Fragen nur die Partei und die ROTE GARDE eine echte Antwort geben. Sie werden erkennen: Der Ausweg für die Arbeiter ist der Kampf für die Revolution. Bestimmt sogar werden sie das erkennen!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Wie die Schering-Kapitalisten unsere Umwelt "schützen"

Welcher Kollege kennt nicht das Argument der Schering-Bosse, die Produktion würde nach Westdeutschland verlagert, um hier in Westberlin unsere Umwelt zu schützen! Das Lügenmärchen entlarvt sich von selbst, hört man einmal etwas genauer hin. Dann heißt es nämlich: „In Westdeutschland sind die Bestimmungen nicht so streng." Und das bedeutet doch im Klartext: In Westdeutschland sind deshalb die Produktionskosten niedriger und der Profit entsprechend höher! Hatten wir doch auch diesmal wieder ganz recht, den betörenden Worten keinen Glauben zu schenken.



1. Beispiel:
Was geschieht mit stark saurem oder alkalischem Wasser, das hier im Weddinger Betrieb reichlich anfällt? Es wird durch Zusetzen von Lauge bzw. Säure „neutralisiert". Damit ist den Umweltschutzvorschriften Genüge getan. Die Salze und anderen Stoffe, die bei der Neutralisation entstehen, interessieren nun die Schering-Bosse nicht mehr und werden eins, zwei, drei, in den Kanal gelassen. „Ist ja neutral!" Tatsächlich wurden auf diese Weise in den letzten Jahren im Nordhafen PH-Werte zwischen 2 und 14, der höchstmöglichen Konzentration, gemessen.

2. Beispiel:
Was geschieht mit Methylenchlorid, Aceton und Methanol-Abfällen? Das nicht in Wasser lösliche Methylenchlorid wird zusammen mit den wasserlöslichen Mitteln Aceton und Methanol in Auffanggruben gesammelt. Dort wird Methylenchlorid wieder von den wasserlöslichen Mitteln abgesondert und dann in regelmäßigen Abständen von einer Abwasserfirma abgepumpt. Zurückbleiben in Wasser gelöste Mittel wie Aceton und Methanol. Diese werden mir nichts, dir nichts einfach in den Gulli gepumpt und fließen dann in die normale Kanalisation.

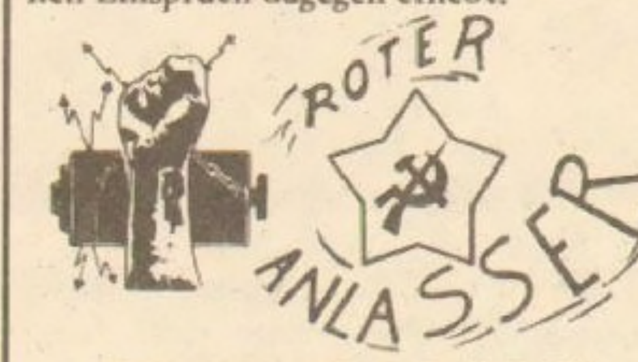
Allzu deutlich zeigen auch diese Beispiele, Profit ist der einzige Antrieb für alle Kapitalisten. Dabei ist diesen Herren ganz egal, ob die Umwelt verschmutzt wird oder nicht. Setzt sich die Bevölkerung aber zur Wehr wie z. B. in Brokdorf an der Unterelbe gegen den Baubeginn eines Atomkraftwerkes, dann hetzt die Kapitalistenklasse ihre Polizei gegen das Volk und versucht, ihre Ziele mit Hunden, Gummiknüppeln, Chemischer Keule, Tränengas und Wasserwerfern durchzusetzen. Für 2.000.000 DM haben sie das Baugelände in Brokdorf in eine Festung mit Wassergraben, Maschendrahtzaun und Spanischen Reitern verwandelt. Polizeieinheiten mit Hubschraubern aus ganz Niedersachsen und der Pfalz zusammen mit dem Bundesgrenzschutz sichern dieses profitable Projekt der Siemens-Kapitalisten (KWU) und Konsorten gegen den bundesweiten Protest der Bevölkerung ab. Auch hier zeigt sich ganz deutlich, daß die Kapitalisten ihren Staat, ihre Polizei, ihren Bundesgrenzschutz und ihre Armee nur für dies eine Ziel geschaffen haben: zur Sicherung ihrer Profite auf Kosten des Volkes!

Dagegen hilft eben nur eins: die Beantwortung der Gewalt der Bourgeoisie mit revolutionärer Gewalt, die Beseitigung des Kapitalismus durch die bewaffnete Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats wie in der Volksrepublik Albanien.

Die Probleme des Umweltschutzes gibt es auch in einem sozialistischen Land. Nur werden dort diese Probleme nicht nach dem Motto: Was macht den größten Profit, sondern nach der Devise: Was nützt am meisten dem Volk und wie kann am besten seine Gesundheit geschützt werden, gemeistert. So wurde z. B. das Stickstoffwerk in Fieri in einem wenig fruchtbaren Gebiet in größerer Entfernung zu Siedlungen errichtet. Hohe Schornsteine sorgen für eine Verringerung der Konzentration der Abgase, die trotz aller Filteranlagen in die Luft gehen. Erreicht die Konzentration einen bestimmten Wert, so unterbricht das Werk seine Produktion. Alle Kräfte der Forschung sind darauf konzentriert und keine Mühe wird gescheut, um Verfahren zu entwickeln, um die schädlichen Substanzen aufzufangen und erneut für andere Produkte zu verwerten.

Verweigert die Beitragserhöhung!

Seit Donnerstag hängt in einigen Schaukästen eine Mitteilung der IGM aus, in der die Erhöhung der Mindestbeiträge von 10 auf 12 DM angekündigt wird. Der höhere Beitrag wird ab Februar 77 vom Lohn abgezogen, falls man sich bis zum 6. Januar nicht „rückäußert", d. h. keinen Einspruch dagegen erhebt.



BMW ZEITUNG DER KPD-ML

Was kann man dagegen machen?

In jedem Betriebsratsbüro gibt es Formulare, mit denen man durch seine Unterschrift die Beitragserhöhung ablehnen kann. Zahlreiche Kollegen haben das bereits getan. Z. B. sind Kollegen vom Rohbau in Gruppen zum Betriebsratsbüro gegangen und haben die Beitragserhöhung abgelehnt und den Betriebsratsbonzen ihre Meinung gesagt. Das war genau richtig! Ebenso haben Kollegen, die jetzt bereits 12 DM zahlen müssen, die Möglichkeit, durch die „Beitragsänderungs"-Formulare ihren Beitrag auf 10 DM zu senken. Informiert alle Kollegen, vor allem die ausländischen! Verklebt die angehefteten Aufkleber!

Von keinem von uns sollen sie einen Pfennig mehr bekommen!

Begründet wird die unverschämte Beitragserhöhung zum einen damit, daß wir „starke Gewerkschaften" brauchen. Richtig ist, daß die IGM stark ist. Aber stark darin, mit den Kapitalisten gemeinsam arbeiterfeindliche Lohnraubabschlüsse auszuhandeln, Streiks und Kämpfe der Arbeiter zu unterdrücken, den Kollegen, wo es nur geht, in den Rücken zu fallen. Der IGM-Apparat ist ein starkes Instrument in den Händen der Kapitalisten und zugleich selber Kapitalist.

Zum anderen weist der Betriebsrat auf seine „Erfolge" des Jahres 1976 hin, wie Erfolgsbeteiligung, Weihnachtsgratifikation usw. Sicher haben die BMW-Kapitalisten auf Druck der Kollegen ein paar Mark locker gemacht, um die Wut der Kollegen auf Sonderschichten, Überstunden usw. abzuschwächen, um uns ein paar Brosamen hinzuwerfen. Allerdings haben die Kollegen bei der Aufzählung der „Leistungen" des Betriebsrats einige Punkte vermißt: 16 Sonderschichten, „freiwillige" Überstunden, Samstags- und Sonntagsarbeit, 10- und 12-Stunden-Schichten, Stückzahlerhöhungen, verschärfte Arbeitshetze, Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, Preiserhöhungen bei den Kantinen, Streichung von einem Tag Beschwernisurlaub . . .

Um die Beitragserhöhung möglichst reibungslos und ohne Widerstand durchzuziehen, haben sich die IGM- und Betriebsratsbonzen einen besonders hinterfotzigen Trick ausgedacht. In der Mitteilung steht: „Wir bedanken uns recht herzlich bei jedem einzelnen für das Verständnis, wenn uns im Falle der **Nichtrückäußerung** bis zu dem genannten Termin die Berechtigung erteilt wird, daß wir ab Februar 1977 den Mindestbeitrag von 10 auf 12 Mark monatlich als IG-Metall-Beitrag erhöhen bzw. einbehalten dürfen."

Bei dieser Formulierung soll keiner durchblicken, daß man die Beitragserhöhung ablehnen kann und wie man das machen kann. Wahrscheinlich hat sich Golda einige Zeit den Kopf darüber zerbrochen, um diesen Wahnsinnsausdruck „Nichtrückäußerung" zu finden. Bei solchen Formulierungen wird man an die Methoden von Betrugsfirmen erinnert, die einem mit dem Kleingedruckten irgendetwas unterjubeln wollen. Erreicht werden soll damit, daß jeder glaubt, da kann man sowieso nichts machen, und daß hinterher der Betriebsrat sagen kann, was wollt ihr überhaupt, ihr habt doch die Möglichkeit gehabt, die Beitragserhöhung abzulehnen. Kolleginnen und Kollegen! Für diese arbeiterfeindliche Politik sollen wir jetzt auch noch mehr bezahlen!

Weg mit der Beitragserhöhung!
Keinen Pfennig mehr für unsere Feinde und Verräter!

Revisionistisches

EIN NEUER MARKT IN DER SOWJETUNION

Vor kurzem veröffentlichte die bekannte – und sich selbst revolutionär nennende – sowjetische Literaturzeitschrift „Literaturnaya Gaseta" die ersten Heiratsanzeigen. In der Vorbemerkung dazu heißt es, das geschehe „versuchsweise" und „auf Wunsch vieler Leser", die sich darüber beklagen würden, daß es in der Großstadt so schwierig sei, sich kennenzulernen.

Das ist allerdings eine mehr als seltsame Erklärung, die die „Literaturnaya Gaseta" da als Begründung ihrer neuen „Errungenschaft" abgibt. Warum hätte denn wohl vor 20, 30 Jahren jedes Kind die Redaktion irgendeiner Zeitung, die Heiratsannoncen abdruckt, für übergeschnappt gehalten? Vielleicht weil es zu dieser Zeit in der Sowjetunion keine Großstädte gab? Weil Moskau, Leningrad usw. Kleinstädte waren, in denen jeder jeden kannte?

Wenn heute das Leben in der sowjetischen Großstadt – und nicht nur dort – trostlos ist, wenn die Menschen voneinander isoliert sind, Einsamkeit, aber auch Rowdytum und Kriminalität immer mehr zunehmen – dann hat das seine Ursachen darin, daß die ehemals sozialistische Sowjetunion die Farbe gewechselt hat, daß sie ein kapitalistisches Land mit einer faschistischen Diktatur ist und deshalb dort auch alle für den Kapitalismus typischen negativen Erscheinungen auftreten, die wir zur Genüge kennen.

Typisch dafür ist eben auch, wie die Herrschenden in der Sowjetunion diese Probleme lösen - indem sie neben dem bereits existierenden Markt für die Ware Arbeitskraft jetzt als Ergänzung dazu den Heiratsmarkt schaffen, auf dem sich – wie die Erfahrungen in den kapitalistischen USA, in der Bundesrepublik usw. zeigen – nicht schlecht verdienen läßt.

An diesen Vorbildern aus den westlichen kapitalistischen Ländern ist auch der Text der Anzeigen orientiert: Etwa: „Alleinstehender Mann, 48 J., gebildet, häuslicher Typ (Stubenhocker) möchte junge Blonde kennenlernen . . . Geschiedene Frau, 32 J., ein Kind von 6 J. . . . sucht sportlichen, lustigen Mann, der nicht trinkt." (Letzteres Merkmal ist offenbar nicht unwichtig.)

„Literarisch gebildeter Stubenhocker auf der Suche nach einer hübschen Blonden"! – Das also sind die Menschen, die die „revolutionäre" Zeitschrift „Literaturnaya Gaseta" in ihren Spalten propagiert! Für einen solchen „Sozialismus" danken wir bestens. Den kennen wir zur Genüge aus den Wochenendausgaben unserer bürgerlichen Zeitschriften hier.

REISEEINDRÜCKE AUS POLEN

Eine Genossin hatte vor einiger Zeit Gelegenheit, mit einer Rentnerin zu sprechen, die früher lange Zeit in der KPD war. Die alte Frau gab unserer Genossin einen Brief zu lesen, in dem ihre Nichte von Reiseeindrücken aus Polen berichtet:

„Wir bummelten durch die Stadt. Wir sahen, wie sich die Menschen wegen Zucker anstellten. Vor einem anderen Laden standen sie stundenlang wegen gegrillter Hähnchen. Wenn die Fleischer um 12 Uhr den Laden zumachten, in denen kaum etwas an Fleisch zu sehen war, allenfalls eine ganz fette Wurst, so stellten sich die ersten schon wieder an, um in zwei Stunden etwas zu bekommen. In Nizina Slaska wurden auf einem Markt getragene Sachen aus der Bundesrepublik verkauft. An zwei Ständen verkauften sie neue Plastiktüten mit der Aufschrift vom „Kaufhof". In Wroclaw am Blücherplatz standen vor einem Laden auch sehr viele Menschen und ein Polizist dabei, der dafür sorgte, daß immer nur vier Leute hineingingen. Da drinnen wurden ebenfalls Wäsche und Kleidungsstücke von uns hier drüben verkauft, natürlich getragene Sachen."

Radio Tirana interviewt Genossen Ernst Aust

Am 13. Dezember sendete Radio Tirana des albanischen Rundfunks ein Interview mit Genossen Ernst Aust, dem Vorsitzenden der KPD/ML über den Kampf der Partei und die Erfahrungen, die sie in ihrem Kampf an verschiedenen Fronten gesammelt hat. Das Interview war aufgenommen worden während des Aufenthalts der Delegation der KPD/ML in Albanien, die auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens am 7. Parteitag der PAA teilnahm. Wir geben das Interview im folgenden wieder.

Zu Beginn fragte Radio Tirana Genossen Ernst Aust, wie die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) arbeitet, um den breiten Massen ihr revolutionäres Programm und ihre revolutionäre Linie für den Sieg der proletarischen Revolution bekanntzumachen und sie dafür zu gewinnen.

Dazu sagte Genosse Ernst Aust:

Indem sie, wie beispielsweise zur diesjährigen Bundestagswahl, ihre revolutionäre Programmerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" mit einem konzentrierten Schlag in einer Auflage von zwei Millionen Exemplaren in eine entsprechende Anzahl von Arbeiterhaushalten verteilte;

indem sie für diese Erklärung zahlreiche Versammlungen durchführte, Hausbesuche machte, um mit den Werktätigen über Programm und Ziel der KPD/ML zu sprechen, um sie für die revolutionäre Linie der Partei zu gewinnen;

indem sie als Trupp ihrer Klasse überall dort arbeitet und kämpft, wo proletarische und halbproletarische Massen sind, indem sie sich tief mit den werktätigen Massen verbindet und sie im Geiste des unversöhnlichen revolutionären Kampfes gegen den Klassenfeind, die Bourgeoisie und ihre Agenturen in den Reihen der Arbeiterbewegung, vor allem die modernen Revisionisten, erzieht;

indem sie mit dem Ziel, die werktätigen Massen zu führen, in all die täglichen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und anderen Kämpfe eingreift und all diese Kämpfe, sei es den Kampf gegen Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze und Rationalisierung, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen, den Kampf gegen Faschisierung, den ständigen Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, sei es den Kampf für die Wiedervereinigung unserer geteilten Heimat, den Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der zwei imperialistischen Supermächte;

indem sie all diese Kämpfe so führt, daß den werktätigen Massen klar wird, daß eine endgültige Lösung all dieser Fragen und Probleme nur durch die sozialistische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats herbeigeführt werden kann.

Anschließend sprach Genosse Ernst Aust darüber, welche Erfahrung die KPD/ML dabei gesammelt hat, eine festgefügte organisatorische und ideologische Einheit ihrer Reihen zu bewahren und zu festigen und welchen Kampf sie in dieser Hinsicht geführt hat:

Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß der ideologische Parteiaufbau Vorrang hat. Wer kämpfen will, muß im Kopf Klarheit haben, muß wissen wie, warum, wozu. Deshalb hat die Partei auf die kontinuierliche marxistisch-leninistische Schulung ihrer Mitglieder von Anfang an großen Wert gelegt. Schon auf ihrem Gründungsparteitag hatte die Partei ihr Statut, das Statut einer bolschewistischen Partei, einer Partei des neuen Typs verabschiedet.

Doch gab es zu Anfang noch große Schwierigkeiten. Die Partei verfügte noch über sehr wenige erfahrene vor allem proletarische Kader. So hatten es in die Partei eingedrungene opportunistische, karrieristische, schwankende kleinbürgerliche Elemente relativ leicht, ihre spalterische Tätigkeit zu entfalten.

Doch die revolutionären Kader unserer Partei entfalteten einen prinzipienfesten Kampf, z. B. vor fünf Jahren gegen die Liquidatoren, die die Hegemonie des Proletariats leugneten und die Partei auflösen wollten, gegen die Rechten, die als Fraktion im ZK unter dem Deckmantel revolutionärer Phrasen in der Praxis eine rechtsopportunistische, eine revisionistische Politik durchzusetzten versuchten. Aus all diesen Kämpfen aber ging die Partei gestählter hervor, so daß wir heute dem 3. Parteitag unserer Partei mit einer hohen Einheit und Geschlossenheit entgegensehen.

Eines aber haben wir aus all diesen Kämpfen gelernt: äußerst sorgfältig vor allem bei der Aufnahme von Mitgliedern aus dem Kleinbürgertum, aus den Reihen der Intellektuellen zu sein, es niemals zu dulden, daß opportunistische, karrieristisch-fraktionistische Elemente, daß Doppelzüngler, Lügner und Halunken anderer Art in die Partei eindringen können oder gar in Führungspositionen gelangen. Solche Elemente in der Partei zu dulden, hieße, in eine Lage zu geraten, in der man von vorn und hinten beschossen wird. Die Partei stärkt sich, indem sie solche Elemente, sollten sie eingedrungen sein, rücksichtslos aus ihren Reihen entfernt.

Zu der Erfahrung der KPD/ML über die Verbindung von legaler und illegaler Arbeit sagte Genosse Ernst Aust:

Die KPD wurde im Jahre 1956 verboten. Seitdem kämpften ihre Mitglieder, soweit sie kämpften, unter illegalen Bedingungen. Doch vollzog sich die revisionistische Entartung auch in der illegalen Partei. Wie die Reimann, Bachmann, Mies im Herbst 1968 beim Bonner Innenministerium die Wiederzulassung ihrer Partei erbettelten, die ihnen auch gewährt wurde, unter der Bedingung, den Namen in D„K"P zu ändern, die Gesetze der Monopolbourgeoisie, vor allem die Verfassung, zu achten, und sich *auch* ansonsten den Herrschenden gegenüber wohlanständig zu verhalten, ein bißchen Opposition sei allerdings schon erlaubt, da man ihr sonst das Wort „kommunistisch" nicht glauben könne. Als die modernen Rvisionisten dies taten, gründeten die den Prinzipien des Marxismus-Leninismus treu gebliebenen Mitglieder der KPD zusammen mit anderen Revolutionären von außerhalb der Partei Ende 1968 die KPD/ML gegen die Bourgeoisie.

Indem sie in ihrer Gründungserklärung all die Prinzipien verankerten, deretwegen die KPD 1956 verboten worden war, wie die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, des revolutionären, in einer entsprechenden Situation bewaffneten, Kampfes, der Errichtung der proletarischen Diktatur, durchbrachen sie in der Praxis das KPD-Verbot und legalisierten die kommunistische Agitation und Propaganda. Die Partei wurde von Anfang an illegal aufgebaut. Sie handelt nach dem Prinzip: So illegal wie nötig, so legal wie möglich. Keine Bourgeoisie wird abtreten, ohne nicht zumindest den Versuch der offenen Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft zu machen. Eine heutige Leichtfertigkeit würde sich dann bitter rächen, würde vermeidbare Opfer kosten. Während unsere Genossen in der DDR in tiefer Illegalität und streng konspirativ arbeiten müssen, läßt die westdeutsche Bourgeoisie aus Opportunitätsgründen wie sie sagt, zur Zeit noch die Zügel locker. Das heißt, sie verfolgt mit Geldstrafen und Gefängnis die kommunistische Agitation und Propaganda, spricht aber noch kein Parteiverbot aus. Eine legale Partei, so meint sie, ist leichter zu beobachten als eine illegal arbeitende. Das heißt, die Legalität ist eine Falle, die die Bourgeoisie der Partei stellt, damit sie hineintappt. Wir tappen nicht hinein. Während wir einerseits alle die sich uns bietenden legalen Arbeitsmöglichkeiten ausnutzen, sie stets im Kampf gegen die Bourgeoisie zu erweitern trachten, arbeitet andererseits die Organisation als solche illegal.

Zu der Frage über die Arbeit, die die KPD/ML leistet, um ihre Reihen durch erprobte revolutionäre Mitglieder zu vergrößern, sagte Genosse Ernst Aust:

Die erste Aufgabe einer jungen Partei ist, wie Stalin uns lehrte, neben dem Parteiaufbau, der Ausarbeitung des Programms, der politischen Linie, die Vorhut des Proletariats, also seine erprobten revolutionären Kämpfer für den Kommunismus, also auch für die Partei zu gewinnen. Ohne diese Voraussetzung zu erfüllen, ist die Partei kaum in der Lage, später die Millionenmassen zu führen. Die Partei konzentriert sich bei der Gewinnung neuer Mitglieder vor allem auf das Proletariat und seine besten Vertreter, die sich im täglichen Klassenkampf bewähren und das Vertrauen ihrer Kollegen besitzen. Das schließt natürlich die Aufnahme von Revolutionären aus anderen Klassen, z. B. der Bauern, nicht aus. Sie nimmt die Arbeiter nicht nur in ihre Reihen auf, sondern fördert sie bewußt, damit sie zu Führern ihrer Klasse werden. Diese Menschen gewinnt man aber nicht durch Propaganda allein, sondern indem man als Kommunist im Betrieb selber ein Vorbild ist. Die Partei strebt in ihrer Zusammensetzung ein Verhältnis von acht Proletariern zu zwei Intellektuellen an und hat dies vielerorts, vor allem in der Mehrzahl der Leitungen schon erreicht.

Anzeige



RADIO TIRANA

14tägig erscheinendes, aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders Europas in deutscher Sprache

Ausgewählte Sendungen

* Berichte über den sozialistischen Aufbau in Albanien
* Der Standpunkt der Partei der Arbeit Albaniens zu internationalen Fragen
* Über die revolutionären Kämpfe in der ganzen Welt
* Theoretische Artikel, wichtige Erklärungen und Dokumente

Im Jahresabonnement nur noch DM 26,-; im Halbjahresabonnement DM 13,-; das Einzelheft nur noch DM 1,-; Abonnenten erhalten kostenlos 2mal im Jahr ein halbjährliches Gesamtinhaltsverzeichnis; für Einzelbesteller DM 1,-. Soeben erschienen: Inhaltsverzeichnis, 1. Halbjahr 1976. **Zu bestellen bei:** ROTFRONT-VERLAG, 2300 Kiel 1, Postfach 3746

Vom Aufbau des Sozialismus

EIN KRANKENHAUS IM DIENST DER ARBEITER UND BAUERN

Mit Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution begann in den Krankenhäusern Chinas ein großer politischer Kampf darum, das Gesundheitswesen vollständig in den Dienst des Volkes zu stellen. Nehmen wir als Beispiel das 4. Volkskrankenhaus der Stadt Djilin. Gemäß der Lehre des Vorsitzenden Mao „Mit Leib und Seele dem Volk dienen" konzentrierte das Krankenhaus den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Arbeiter- und Bauernmassen. Eine medizinische Gruppe wurde organisiert, die in den Dörfern ambulante Behandlung leistet. In der Stadt gehen die Ärzte in die Betriebe . Zusätzlich ist das Krankenhaus Tag und Nacht für Sprechstunden geöffnet.



Auch während der Nacht hat das Krankenhaus Sprechstunde.

In den Fabriken und auf dem Land arbeitet das medizinische Personal zusammen mit den Arbeitern, armen Bauern und unteren Mittelbauern und wird auf diese Weise von ihnen erzogen. Die Mediziner propagieren Maßnahmen zum Schutz der Hygiene, forschen nach den Gesetzmäßigkeiten häufig auftretender und allgemein vorkommender Krankheiten und bemühen sich, Berufskrankheiten und ansteckenden Krankheiten vorzubeugen und sie wirksam zu behandeln.

Das Krankenhaus bildet für Arbeitseinheiten Sanitäter aus, die daneben weiter ihre Berufsarbeit leisten. Eine Ärztegruppe wurde organisiert, die sich wöchentlich an drei Nachmittagen zu Konsultationen in den Fabriken aufhält. Eine Gruppe zur allgemeinen Gesundheitsuntersuchung hat die Aufgabe, einmal in der Woche Reihenuntersuchungen durchzuführen, wobei nacheinander alle Betriebe erfaßt werden. Die Untersuchungsergebnisse bei jedem einzelnen Arbeiter werden festgehalten. Krankheitssymptome können so frühzeitig erkannt und behandelt werden. In einer Gummifabrik gibt es eine Werkshalle, in der hauptsächlich Frauen tätig sind. Mit Hilfe des Krankenhauses wurde deshalb für sie eine besondere Frauenklinik eingerichtet.



Eine Ärztin bei einem medizinischen Besuch in einer Keramikfabrik

NEUES KOHLEBERGWERK IN SÜDWESTCHINA

In Südwestchina ist eine neue Basis des Kohlebergbaus entstanden – das Kohlebergwerk Baoding. Dieser Betrieb ist für die Standortverteilung in Chinas Kohleförderung wie für die Entwicklung der Industrie Südwestchinas von großer Bedeutung. Die Arbeiter und Angestellten dort verlassen sich auf die eigene Kraft und arbeiten mit beharrlichem Fleiß. So wird schon seit dem Jahr nach Einrichtung dieses Bergwerks Kohle abgebaut und jährlich der Staatsplan in der Kohleförderung übererfüllt.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Interview mit einem Genossen, Mitglied des ZK der PCP(R)

Die Einschätzung der Kämpfe in Portugal durch die PCP(R)

Wie ist die augenblickliche Lage in Portugal?

Wir haben heute eine Regierung, die sich sozialistisch nennt, diese Regierung wird von dem „Doktor" Soares, dem 1. Sekretär der Sozialistischen Partei Portugals, geführt. Wir gehen davon aus, daß er den rechten Flügel dieser Partei repräsentiert und daß die ganze Regierung insgesamt diesen Flügel vertritt. Die Sozialistische Partei bereitet mit ihrer Politik, die immer mehr das Spiel der Reaktion und der Bourgeoisie spielt, die sich immer offener nach rechts orientiert und zu immer offener volksfeindlichen und arbeiterfeindlichen Maßnahmen greift, dem Faschismus den Weg.

Gegen diese arbeiter- und volksfeindliche Politik, die von den Volksmassen, vom ausgebeuteten Volk verabscheut wird, gegen diese Regierung treiben wir eine Politik der Unabhängigkeit voran, indem wir die vitalen Interessen der Volksmassen verteidigen, indem wir vor allem die Kämpfe der Arbeiter und Bauern unterstützen und eine Politik im Dienste des Volkes, aller Werktätigen und der Volksrevolution entfalten. Schließlich betreibt die Regierung Mario Soares eine Politik, die sich in erster Linie gegen die Werktätigen richtet. Sie hat alle denkbaren Maßnahmen ergriffen, um „dem Gesetz Respekt zu verschaffen", d. h. dem volksfeindlichen Gesetz. Die Regierung will „der Verfassung Respekt verschaffen", aber darunter versteht sie Respekt für all die Gesetze, die den Interessen der Bourgeoisie nicht zuwider laufen, sie wendet nur jene reaktionären Gesetze an, die sich gegen die Werktätigen richten.

Die zuletzt getroffene Maßnahme betrifft die Rückgabe der Güter von weniger als 50 000 „Punkten" (diese „Punkte" werden je nach der Qualität des Bodens berechnet) an die Großgrundbesitzer: Es ist eine Maßnahme, die eigens getroffen wurde, um den Großgrundbesitzern freie Hand zu geben, weil diese „Punkte" von der Regierung selbst „ausgerechnet" werden.

Diese Politik wird von den Revisionisten unterstützt, die eigens ins Land ausgeschwärmt sind, um den Bauern zu erzählen, sie müßten die Güter zurückgeben, weil dies nun einmal das Gesetz der Republik vorschreibe und man das verstehen müsse.

Auch die Landarbeitergewerkschaft, in der die revisionistische Linie von Cunhal vorherrscht, hat dieses Gesetz unterstützt.

Aber die Bauern leisten Widerstand gegen diese volksfeindliche Politik, zwar nicht mit der Waffe in der Hand, aber sie leisten Widerstand und organisieren sich, und die Losung unserer Partei lautet: „Das Land gehört nicht den Großgrundbesitzern, es gehört den Werktätigen."

Wir gehen davon aus, daß Probleme wie die, daß es im Anfang Irrtümer bei den Landbesetzungen gegeben haben kann, daß kleine Ländereien von Kleineigentümern und Pächtern besetzt wurden, daß all solche Probleme von den Bauern selbst, von den Kooperativen und allen Interessierten gelöst werden müssen, und daß das die Grundbesitzer absolut nichts angeht. Wir haben klar gesagt, daß an die Großgrundbesitzer kein Land zurückgegeben werden darf, daß das Land denen gehört, die es bearbeiten, und nicht nur das Land, auch die Maschinen und das Vieh.

Welche Haltung nahm die Partei bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen ein?

Wir haben die Kandidatur des Generals Otelo Seraiva de Carvalho unterstützt, weil wir sahen, daß das die einzige Art war, um auf die Wünsche der Volksmassen eine Antwort zu geben. Um diese Kandidatur war eine große Massenbewegung entstanden, die sich in Organen des Volkes organisierte, den Dynamisierungs-Gruppen der Volkseinheit (GDUP). Diese große Massenbewegung hat mit der Unterstützung unserer Partei, die mit aller Kraft gearbeitet und sich engagiert hat, um einen Sieg zu erringen in



Genosse Eduardo Pires, Vorsitzender der PCP(R) auf dem 7. Parteitag der PAA

dieser Auseinandersetzung, 800 000 Stimmen, d. h. 17 Prozent für die Kandidatur von Otelo de Carvalho gewonnen. Das war für das Lager des Volkes ein unglaublicher Sieg, weil das Programm dieser Kandidatur den Willen zu einem vollständigen Umschwung der Situation zum Ausdruck brachte, weil es die drängendsten Bedürfnisse des Volkes widerspiegelte. So haben die Volksmassen in Portugal, wo wir die Situation einer revolutionären Krise erleben, während seit dem 25. November 1975 die reaktionären Kräfte in der Regierung ständig ihre Stellungen ausbauen, begriffen, daß nur ihre eigene Kraft einen weiteren Vormarsch des Faschismus aufhalten kann. Deshalb wurde im Umkreis Otelo de Carvalhos, der populären Figur des 25. April, der Akzent auf den künftigen 25. April des Volkes gelegt: Der 25. April, den wir hatten, war kein Tag des Volkes, jetzt wollen wir einen 25. April des Volkes haben, d. h. eine antifaschistische, antiimperialistische, revolutionäre Regierung der Massen.

Auf der Basis dieses Programms gelang es, eine große Massenbewegung im Umkreis dieser Wahlen zu schaffen. Auch nach den Wahlen setzt diese große Volksbewegung den Kampf für diese Ziele, d. h. für eine Regierung des 25. April des Volkes fort. Wir haben diese Losung ausgegeben, weil wir der Ansicht sind, daß diese Losung der augenblicklichen Lage in Portugal am meisten entspricht und daß sie die Wünsche der portugiesischen Volksmassen trifft. Wir unterstützen ebenso die GDUP in ihrer Wahlkampagne zu den Kommunalwahlen, weil wir meinen, daß sich dabei historische Erfolge in Portugal erreichen lassen können. Wir und auch die UDP (Demokratische Volksunion) unterstützen diese Einheit des Volkes, um so an den Wahlen im ganzen Land und auf der Insel Madeira teilnehmen zu können, um auf diese Weise durchzusetzen, daß überall Kandidaten, die wirklich vom Volk unterstützt werden, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, gewählt werden, Vertreter, die das Vertrauen des Volkes genießen, die besten Volksvertreter. Wir engagieren uns voll und ganz, damit auch diese Wahlen zu einem Sieg des Lagers des Volkes werden.

Welche Rolle spielt die revisionistische portugiesische Partei, die Partei Cunhals?

Die Rolle der revisionistischen Partei, die wir für eine Gruppe in voller Entartung, für eine konterrevolutionäre und antikommunistische bürgerliche Gruppe halten, besteht darin, eine Politik der Zusammenarbeit mit der Rechten, der Verteidigung der Interessen von nationaler Bourgeoisie und russischem Sozialimperialismus, voranzutreiben. Das portugiesische Volk hat all das begriffen und ihnen bei den Präsidentschaftswahlen, zu denen sie mit der Spalter-Kandidatur Octavio Patos angetreten waren, eine unglaubliche Niederlage beigebracht. Die Mehrheit der Basis der revisionistischen Partei hat ihre Partei während der Wahl verlassen und ist ins Lager des Volkes übergegangen. Seither besitzen die Revisionisten keinen großen Massenanhang mehr. Nun wollen die Revisionisten an den Kommunalwahlen wiederum in der Absicht teilnehmen, die Massen zu spalten. Zu diesem Zweck haben sie eine „vereinte Front" mit dem Namen „Vereintes Volk" („Povo Unido") ins Leben gerufen, die vom Volk aber bereits „Patos Unidos" („Vereinte Patos") genannt wird (nach dem Namen des Spalter-Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen). Die Revisionisten wollen die Volksmassen nicht hauptsächlich spalten, um einen Sieg zu erringen, vielmehr um „Druck" auf die Regierung auszuüben und nach Möglichkeit Posten zu bekommen. Ihre betrügerische Losung lautet: „Regierung der Linken", was jedoch nichts anderes bedeutet als eine Regierung, die die Interessen der Rechten, der einheimischen Bourgeoisie vertreten würde.

Sie versuchen nun, noch einmal die Massen zu betrügen, aber diesmal wird das nicht so einfach sein, weil die Dinge in Portugal in vielem klarer geworden sind, heute gibt es zwei deutlich getrennte Lager, auf der einen Seite das Lager der Bourgeoisie, der Monopole und des Imperialismus, auf der anderen Seite das Lager des Volkes.

Durch unsere richtige Taktik der ständigen Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Volksmassen und durch unsere den jeweiligen Umständen angepaßten Regierungsvorschläge haben wir die Revisionisten aus vielen Positionen, die sie erschlichen hatten, hinausgeworfen und so ihren Einfluß erheblich gesenkt. Jetzt besteht unsere Politik darin, die Revisionisten aus sämtlichen Massenorganisationen und aus allen Posten, wo sie noch Einfluß ausüben können, zu vertreiben, indem wir ihre Positionen ständig entlarven.

Welche Rolle spielt die Partei in der gegenwärtigen Lage, welche Aktivität entfaltet sie unter den Massen der Arbeiter und Bauern, der Jugend und der Frauen?

Unsere Partei ist die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut). Sie besteht erst zehn Monate, in denen sie unglaubliche Siege errungen hat, weil sie eine richtige Linie und Taktik besitzt, die den Interessen der Massen entsprechen. Das hat es ihr ermöglicht, politischen Einfluß im ganzen Land zu gewinnen. Unsere Partei ist die Vorhut der Arbeiterklasse, die Vorhut der Revolution in Portugal. Unsere Partei ist in der Lage, eine taktische Politik durchzuführen, für jeden Tag und für jede Situation, um den Erfordernissen des Klassenkampfes in der konkreten Situation Portugals gerechtzuwerden. In jedem politischen Kampf, den wir führen, haben wir genaue Parolen, haben wir die konkrete Alternative für jede Situation.

Wir entwickeln unsere Partei vor allem in den Fabriken und auf dem Land, um zu erreichen, daß die Arbeiterklasse und die Bauern das Rückgrat unserer Partei bilden. Wir haben die historische Verantwortung, das portugiesische Volk zur Revolution zu führen. Darum haben wir den Verband der revolutionären kommunistischen Jugend geschaffen, um die Jugend dem Einfluß der Revisionisten, der Bourgeoisie, der kleinbürgerlichen Gruppen zu entziehen. Dieser Beschluß wurde auf dem sechsten Plenum des Zentralkomitees gefaßt, und es war ein richtiger Beschluß: Heute ist der Kommunistische Jugendverband landesweit organisiert und beeinflußt die Jugend im ganzen Land durch eine Politik, die sich um die Probleme der Masse der Jugendlichen kümmert und für sie offen ist.

Wir unterstützen auch die UDP, die demokratische Volksunion, wir arbeiten innerhalb dieser Partei, um eine revolutionäre Orientierung hineinzutragen und zu verhindern, daß es eine revisionistische Organisation wird. Unsere Partei, unsere Kämpfer arbeiten in dieser Organisation als deren Kämpfer und geben ihr mit ihrer korrekten Position, ihrer richtigen Haltung eine richtige Linie, eine Linie des Volkes.

Ein weiterer richtiger Beschluß des sechsten Plenums des ZK ist es gewesen, die Gründung des „Verbandes der Antifaschistischen Revolutionären Frauen" zu unterstützen: Die Kämpferinnen dieses Verbandes führen eine revolutionäre Politik unter den Frauen durch, sie sind entschlossen, den Reformismus zurückzuschlagen und konsequente Revolutionärinnen zu sein. Sie erfreuen sich der konsequenten Unterstützung unserer Partei bei ihrer Tätigkeit, die darauf gerichtet ist, die Frauen unseres Landes dem Einfluß der Bourgeoisie und des Revisionismus zu entziehen, damit die Frauen teilhaben an der historischen Mission des Proletariats, die Revolution durchzuführen.

Die Volksfront, die sich gebildet hat, unterstützen; gemeinsam mit der UDP eine Politik durchführen, die das Volk dazu mobilisiert, die breitestmögliche Front zu bilden, die eine revolutionäre Alternative erreichen kann, wie die Regierung des 25. April des Volkes: So glauben wir, eine Front aufbauen zu können, die das ganze ausgebeutete Volk zusammenschließt, auch die Basis der Sozialistischen Partei, der Revisionisten und die Parteilosen, um eine Front gegen den Faschismus zu haben, für einen radikalen Wechsel der gegenwärtigen Regierung in Portugal, die im Dienst der Rechten und vor allen Dingen der Monopole und des amerikanischen Imperialismus steht.

Wir glauben, daß diese Regierung, die wir vorschlagen, den Wünschen der portugiesischen Massen entspricht, denen wir dienen. Es ist eine antifaschistische, patriotische, revolutionäre Regierung der Massen. Die Parole, die wir aufgestellt haben, faßt all das zusammen. Es ist eine Parole, die aus dem Kampf gegen die Reaktion entstanden ist, es ist keine Wahlparole. Diese Regierung wird verwirklicht werden mit dem Fortschritt der Massenbewegung im Kampf gegen den Faschismus, den Revisionismus, den Imperialismus.

Wie ist die Haltung der Partei gegenüber Gruppen wie der PCP/ML und der MRPP?

Wir glauben, daß es nach dem Wiederaufbau der portugiesischen kommunistischen Partei, der Avantgarde des portugiesischen Proletariats, nicht möglich ist, daß es Gruppen gibt, die sich auf den Marxismus und die Revolution berufen.

Unsere Politik ihnen gegenüber ist es, ihnen keinen politischen Raum zum Überleben zu lassen, es ist dieselbe Politik, die wir gegenüber den Revisionisten durchführen. Unsere Politik ist es, „immer den Massen zu dienen", „immer an der Spitze der Massenbewegung zu sein", mit einer konkreten revolutionären Politik und Taktik, damit jene keinen Raum zum Überleben finden.

Nach zehn Monaten Arbeit der Partei sind diese Gruppen auf ganz wenige Vertreter reduziert worden, die nicht die geringste Verbindung mit den Massen besitzen: Die sogenannte PCP/ML ist als nichts anderes als eine neofaschistische Gruppe einzuschätzen, die auf eine Handvoll von fünfzig Leuten geschrumpft ist.

Die MRPP ist völlig verkommen und steht vor dem Zusammenbruch: Sie lebt im Schatten der faschistischen Organisationen, im Schatten des CDS, der PDS, der PSD usw. Es handelt sich um Gruppen von Abenteurern und Provokateuren, sei es auf nationaler oder auf internationaler Ebene.

(Aus: „Nuova Unita", gekürzt).

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	32 m und 41 m (KW)
6.00 - 6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
21.30-22.00	41m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,30 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



Seit mehr als 12 Jahren strahlt Radio Tirana seine deutschsprachigen Sendungen aus. Damals wie heute ist es die revolutionäre Stimme des einzigen sozialistischen Senders in Europa, der uns, wie besonders auch den unter illegalen Bedingungen des Sozialfaschismus kämpfenden Genossen unserer Partei und revolutionären Arbeitern in der DDR, täglich den Weg weist, die kapitalistisch-revisionistische Welt geißelt, die größten internationalen Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber, den US-Imperialismus und russischen Sozialimperialismus, entlarvt und den Fortschritt und die Siege der marxistisch-leninistischen Bewegung, der revolutionären Kämpfe der Arbeiter und unterdrückten Völker in aller Welt propagiert und die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus gegen die revisionistischen Verdrehungen und Entstellungen verteidigt und verbreitet.

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

NS-SPITZELMETHODEN IN FRANKFURTER JUGENDHÄUSERN

Liebe Genossen!

Um Jugendliche noch besser bespitzeln zu können, sollen junge Polizisten (17 bis 20 Jahre) als Spitzel in Jugendhäusern, Diskotheken usw. eingesetzt werden. Das sieht dann folgendermaßen aus: Die Jungpolizisten in Zivil gehen zu den Jugendtreffs und benehmen sich äußerst kumpelhaft und versuchen so, möglichst viele Jugendliche kennenzulernen und auszuhorchen. Wenn sie genügend erfahren haben, rufen sie dann eine Funkstreife an, die alles weitere übernimmt. So kann der Spitzel seine dreckige Arbeit weitermachen. Die Polizei begründet dies alles damit, daß sich diese Aktionen gegen Schläger und Dealer richten würden. In Wahrheit aber richtet sich dieses Spitzelsystem gegen fortschrittliche Jugendliche und Heimleiter, dies haben die Jugendlichen klar erkannt und reagierten mit großer Empörung und Wut. Sie werden sich das nicht so einfach gefallen lassen.

In Bayern ist dieses System schon eingeführt worden, dort haben aber schon viele Spitzel ihre gerechte Strafe erhalten, so daß es teilweise wieder abgeschafft werden mußte.

Rot Front!

Genossen aus Hoechst

MACHT AUS BROKDORF EIN ZWEITES WYHL!

An die Arbeiter und Werktätigen, Bauern und Fischer Brokdorfs!

An die Kämpfer gegen das KKW in Brokdorf!

Liebe Kollegen und Freunde!

Mit Begeisterung verfolgt die Gewerkschaftsjugend der Stadt Herne Eure Kämpfe gegen das KKW in Brokdorf. Wenn wir auch selbst nicht dabei sein können (auch in Eurem weiteren Kampf in Brokdorf), so werden wir Euch unterstützen in Worten und in Agitation!

Liebe Kämpfer von Brokdorf!

Wenn auch der Bauplatz des KKW nicht besetzt werden konnte, so war dieser Kampf dennoch ein großer Erfolg! Ihr hattet der Landesregierung und ihren Truppen, Ihr hattet dem kapitalistischen Staat gezeigt, daß Ihr Euch in Eurem gerechten Kampf nicht einschüchtern laßt. Trotz der Drohungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung, trotz des gewaltigen Aufgebots von Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen waren über 30.000 Menschen aus der Umgebung und aus vielen Städten nach Brokdorf gekommen und hatten den Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerkes fortgesetzt.

Wir verurteilen entschlossen den brutalen Polizeieinsatz, der Hunderte Verletzte und einige Schwerverletzte, u. a. auch der Kollege Bernd Woitalla, der mit Euch an der Spitze Seite an Seite gekämpft hat, gekostet hat..

Kollegen und Freunde!

Die Kämpfe gegen die Kernkraftwerke gehen weiter und verschärfen sich immer mehr!

Macht aus Brokdorf ein zweites Wyhl!

Wir unterstützen Euren Kampf auch in Zukunft!

Herne, den 8. Dezember 1976

DGB-Jugendgruppe Herne

„DAMIT SOLL ER SICH MAN ORDENTLICH STÄRKEN!"

Liebe Genossen!

Heute hatte ich beim RM-Verkauf ein schönes Erlebnis. Wir verkaufen zu zweit auf dem Markt bei uns im Stadtteil. Nun ist der Genosse bei den Kämpfen in Brokdorf durch das Gemisch von den Wasserwerfern sehr stark mitgenommen gewesen. Er war klitschnaß und holte sich aufgrund dessen eine schwere Bronchitis. Von daher verkaufe ich den „Roten Morgen" allein. Als ich es den Marktverkäufern erzählte, waren sie sehr empört über diesen brutalen Polizeieinsatz. Von einer Marktfrau, die uns schon öfter, wenn es sehr kalt war, Tee anbot, und zu der wir auch am Samstag bevor wir nach Brokdorf fuhren, hingegangen waren und erzählten, daß wir gegen den Bau des Atomkraftwerkes kämpfen wollten, bekam ich für den Genossen ein Hähnchen. Sie sagte: „Damit soll er sich man ordentlich stärken!"

So sieht man ganz deutlich, daß die Massen auf unserer Seite stehen und. spontan dazu bereit sind, Solidarität zu üben.

Rot Front,

eine Genossin aus Bremen

SALMONELLENERKRANKUNG TOTGESCHWIEGEN

Liebe Genossen!

In der Medizinischen Poliklinik Gießen traten im letzten Monat zwei Fälle von Salmonellenerkrankungen auf. Diese können zu schwerem Durchfall führen (wenn nicht zu Schlimmerem) und sind schon durch Händeschütteln oder Benutzen von gleichen Handtüchern übertragbar! Salmonellen sind unbedingt meldepflichtig.

Um die Ursache dieser Erkrankungen festzustellen, wurden Stuhluntersuchungen bei allen Werktätigen im Lebenmittelbereich durchgeführt, und bei einer jungen Frau in der Küche wurden Salmonellenerreger gefunden.

Der sofortige Befehl von oben: Strengstes Stillschweigen! Nicht einmal die Frauen in der Küche, die Kolleginnen der Erkrankten, haben bis heute etwas davon erfahren!

Wenn jetzt eine infizierte Kollegin „harmlosen" Durchfall bekommt, denkt sie natürlich nicht gleich an Salmonellen. Man sieht – im Kapitalismus wird der Verbreitung einer schweren Krankheit nichts in den Weg gelegt; Hauptsache, der Laden läuft reibungslos weiter.

Rot Front!

Eine Genossin aus Gießen

72 JAHRE – 140 DM RENTE

Liebe Genossen!

Vor einigen Tagen waren wir bei einer älteren Frau, die wir bei unserer Veranstaltung zur Grundsatzerklärung kennengelernt hatten, auf Hausbesuch. Sie bezieht Rente, und zwar kanpp 350 DM. Sie war 11 bzw. 14 Jahre arbeitslos nach dem Krieg. 1945 bis 1948, als sowieso kaum Arbeit da war, begann ihre Arbeitslosigkeit. Sie besuchte zu der Zeit oft die Erwerbslosenversammlungen und erkannte schnell die Ausweglosigkeit des Kapitalismus. Danach war sie mit Unterbrechungen also 11 Jahre arbeitslos und fristete sich durchs Leben. Das ist ja schon allerhand. Was sie uns dann aber erzählte, haut den stärksten Bären um. Sie ist vor kurzem einer 72jährigen begegnet, die sie noch von früher kannte. Diese 72jährige Frau bekommt ganze 140 DM Rente!!! Um leben zu können, arbeitet sie noch bei der Bundeswehrverwaltung in Ebkeriege als Putzfrau und bekommt dort 540 DM. Wenn diese Frau mal krank wird oder gebrechlicher, ist es ganz aus. Dann kann sie höchstens noch den Weg zur Wohlfahrt antreten. „Und dort wird man behandelt wie der letzte Dreck", sagte die alte Frau, „aber sein Recht kriegt man nicht". Diese beiden Beispiele von Rentnern sind kein Einzelfall. Allein in Fedderwarder Groden, einem Stadtteil von Wilhelmshaven, leben genug von ihnen, sagte sie uns. Dieser Bericht zeigte uns einmal mehr die Unmenschlichkeit des Kapitalismus, die Arbeitskraft auszubeuten, als Kanonenfutter im Krieg zu benutzen und dann ihrem ungewissen Schicksal zu überlassen. Welch ein glückliches Leben führen dagegen die Rentner in der Volksrepublik Albanien. Als wir die Frau zu unserer Albanien-Veranstaltung einluden und ihr den Sozialismus erklärten, sagte sie: „Ja, daß kann man nicht oft genug vergleichen, hoffentlich ist die Veranstaltung gut bekannt gemacht!"

Rot Front

Zwei Wilhelmshavener Genossen

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Neuerscheinung im Rotfront-Verlag

"Mit alten Ideen brechen!"

In seiner Reihe mit Werken der revolutionären Kunst des sozialistischen Realismus bringt der Rotfront-Verlag in diesen Tagen das Szenarium des chinesischen Spielfilms „Mit alten Ideen brechen!" aus dem Jahre 1975 heraus. Dieser Film entstand inmitten des scharfen Klassenkampfes in der Volksrepublik China gegen den unverbesserlichen Erzrevisionisten und kapitalistischen Parteimachthaber Deng Hsiao-ping. Für das Verständnis des gegenwärtigen Klassenkampfes in China ist dieser packende Film von größter Bedeutung. Der Rotfront-Verlag geht in einem ausführlichen Vorwort auf diese Bedeutung des Films ein.

Wie es in dem Vorwort heißt, schildert der Film „den Kampf der armen und unteren Mittelbauern im Sungshan-Gebirge, den sie unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas führten, um die erste nach diesen revolutionären Prinzipien (d. h. den Prinzipien Mao Tsetungs über die Erziehungsrevolution, RM) geleitete ‚Hochschule der Kommunistischen Arbeit' zu errichten. Er gestaltet den heroischen Kampf der Kommunisten und der proletarischen Revolutionäre, die den Mut haben, gegen die Strömung zu schwimmen und Amtsenthebung, Entlassung, Parteiausschluß und sogar Gefängnis und Mißhandlungen nicht fürchten, um die Diktatur des Proletariats zu festigen und den Revisionismus sowie die Handvoll kapitalistischer Parteimachthaber anzuprangern." Der Kampf um diese Hochschule spielt sich in den Jahren 1958 bis 1961 in der Provinz Kiangsi in Südostchina ab. Der Verlag schreibt:

„Die Lage ist dabei, wie der Film zeigt, außerordentlich ernst. ‚In den 17 Jahren von der Gründung der Volksrepublik China bis zur Großen Proletarischen Kulturrevolution (1949-1965) herrschte im Bildungswesen die revisionistische Linie, und es war die Bourgeoisie, die über das Proletariat die Diktatur ausübte. In ihrem Streben nach Restauration des Kapitalismus taten Leute wie Liu Schao-tschi alles, was sie konnten, um die Führung der Schule und Hochschule durch das Proletariat zu verhindern ....' Sollen in der Hochschule ‚Sklaven der Bourgeoisie gedrillt' werden, wie Lenin sagte, oder Generationen von Arbeitern und Bauern, die entschlossen die Sache der Revolution und der Diktatur des Proletariats fortsetzen und ihr ein Leben lang dienen. Um diese Frage geht der Kampf."

Besonders betont der Verlag in seinem Vorwort die aktuelle Bedeutung des Films:

„Zur Zeit der Entstehung des Films tobte in China erneut ein scharfer, heftiger Kampf zweier Linien, auch auf dem Gebiet des Bildungswesens. Deng Hsiao-ping, der absolut unverbesserliche Revisionist, Renegat und den kapitalistischen Weg verfolgende Parteimachthaber, der mit seiner Bande eine umfassende konterrevolutionäre Offensive zur Restauration des Kapitalismus startete, griff auch auf dem Gebiet des Bildungswesens die proletarischen Prinzipien und die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution wie wild an und versuchte dort erneut, die Diktatur der Bourgeoisie zu errichten. Die Verbindung von Theorie und Praxis, die Teilnahme der Schüler und Studenten an der produktiven Arbeit und am Klassenkampf waren ihm ein Dorn im Auge. Arrogant höhnte er: ‚*Die Bücher in den Universitäten werden nur von den Mäusen gefressen*' und bezeichnete als Hauptgefahr in diesem Bereich, daß ‚*keine Geistesbildung angeeignet*' werde. Unermüdlich verbreitete er den konfuzianischen Unsinn von ‚*Wissen ist Privateigentum*', ‚*Die mit dem Geiste arbeiten, regieren, die mit den Händen arbeiten, werden regiert*', ‚*Lernen, um Beamter zu werden*' und ‚*an erster Stelle steht die Geistesbildung*'. Hemmungslos lag er vor den ‚ausländischen Autoritäten' auf dem Bauch und betete sie an. Er leugnete den Klassencharakter der Erziehung und Ausbildung hartnäckig, verbreitete enthusiastisch seinen berüchtigten Unsinn von ‚*Egal, ob eine Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse*' und versuchte so den Vorrang der proletarischen Politik im Ausbildungswesen zu untergraben. Er setzte die wahren proletarischen Revolutionäre unter Druck und mißbrauchte dazu skrupellos seine Machtpositionen in Partei und Staat." Zusammenfassend kommt das Vorwort zu dem Schluß: „Der Film ist ein Schlag ins Gesicht für die Deng Hsiao-ping-Bande und ihr bourgeoises, revisionistisches Erziehungskonzept."

Exemplarisch werden dann einige Szenen analysiert, um zu zeigen, daß die im Film „Mit alten Ideen brechen!" propagierten Ideale und die kämpferischen Haltungen der proletarisch-revolutionären Helden des Films von brennender Aktualität sind. Es heißt dort unter anderem: Es „mag die Szene als Beispiel dienen, in der die den kapitalistischen Weg gehenden Parteimachthaber den Hauptheiden des Films, den aus den proletarischen Massen hervorgegangenen Kader Lung Guodscheng unter Androhung des Parteiausschlusses und der Amtsenthebung zur ‚Selbstkritik' und zum Umschwenken auf die revisionistische Linie Liu Schao-tschis und Deng Hsiao-pings zwingen wollen. Voller Verachtung schleudert er ihnen die Worte entgegen: ‚*Ja, dazu seid Ihr ohne Zweifel fähig. Ihr könnt Eure Macht, die Euch das Volk und die Partei anvertraut hat, dazu mißbrauchen, mich aus der Partei auszuschließen und mich meines Amtes zu entheben. Aber das heißt durchaus nicht, daß Ihr im Recht seid oder daß die Wahrheit auf Eurer Seite steht ...*' "

Abschließend geht das Vorwort des Rotfront-Verlags auf die schwierigen Bedingungen des äußerst heftigen Klassenkampfes ein, unter denen der Spielfilm entstand (das Buch enthält im Anhang dazu u. a. den Bericht eines Kamera-Mannes, der bei den Dreharbeiten mitwirkte) und erläutert, warum der Film auch im Kampf zweier Linien gegen die Deng Hsiao-ping-Bande auf dem Gebiet der Literatur und Kunst eine große Rolle spielt. Dazu heißt es unter anderem: „Er und seine ganze Bande verdrehten und verfälschten die grundlegende Linie Vorsitzenden Maos in dieser Frage (der Literatur und Kunst, RM), und behauptete frech, diese Grundlinie sei: „*Laßt hundert Blumen blühen*". Dies geschah zu demagogischen Zwecken, um den scharfen Kampf zweier Linien, den Kampf gegen das giftige Unkraut Liu Schao-tschis und Konsorten als „*diktatorisch*", „*sektiererisch*" und „*tyrannisch*" zu verleumden. In Wahrheit ging es der Deng Hsiao-ping-Bande darum, die hundert Blumen der proletarisch-revolutionären Kunst zu vernichten und sie durch die eine einzige „Blüte" der Bourgeoisie zu ersetzen. In dieser konterrevolutionären Absicht diffamierte er die Musterbeispiele revolutionärer Bühnenkunst, die nach der Großen Proletarischen Kulturrevolution entstanden, als „*Blüten einer einzigen Blume*" und griff die proletarische Leitung der Literatur- und Kunst-Front und die wirklichen Bannerträger der proletarischen Revolution auf diesem Gebiet als „*ultra-links*" an. Natürlich, von seinem erzrevisionistischen, auf die Restauration des Kapitalismus abzielenden Standpunkt ist die der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao folgende Kunst, für die „*Mit alten Ideen brechen!*" ein Beispiel ist, „*ultra-links*". Aber wenn Leute wie Deng Hsiao-ping demagogisch mit der Losung „*Hundert Blumen blühen lassen*" hausieren gehen, was meinen sie dann für „*Blumen*"? Genosse Mao Tsetung schrieb: „***Dem Wortlaut nach haben diese zwei Losungen - ‚Laßt hundert Blumen blühen' und ‚Laßt hundert Schulen miteinander wetteifern' - keinen Klassencharakter, das Proletariat kann sie ebenso anwenden wie die Bourgeoisie und andere Leute. Und verschiedene Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft haben jeweils ihre eigenen Ansichten darüber, was duftende Blumen und was Giftpflanzen sind.***" Was für die chinesischen Volksmassen „*duftende Blumen*" sind, waren für Deng Hsiao-ping „*ultra-linke Giftpflanzen*".

Sein unsinniges Geschwätz, „*hundert Blumen blühen zu lassen,*" sei der „*grundlegende Kurs für Literatur und Kunst*", diente ihm als doppelter Boden, um sein revisionistisches Schmuggelgut unterzubringen! Vorsitzender Mao wies darauf hin: das Problem des „***grundlegenden Kurses***" sei in erster Linie das Problem, „***daß Literatur und Kunst den Arbeitern, Bauern und den Soldaten dienen müssen.***" Zweitens habe die revolutionäre Kunst und Kultur dem proletarischen Klassenkampf zu dienen und sich ihm unterzuordnen. Er verlangte von der revolutionären Kunst, daß sie „***wie Lenin sagte, ‚Rädchen und Schräubchen' des Gesamtmechanismus der Revolution***" sein sollte und der politischen Linie derjenigen Klasse, der sie dient, also dem Proletariat, verpflichtet sein soll. Es ist seit jeher die Ansicht der Marxisten-Leninisten gewesen, das dies die grundlegende Linie in der Frage von Literatur und Kunst ist.

Die Linie des Proletariats in der Periode des Sozialismus ist die Fortführung der sozialistischen Revolution und die Festigung der Diktatur des Proletariats. In China richtet sich die Speerspitze des proletarischen Klassenkampfes gegen die unverbesserlichen, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber in der Partei, sowohl gegen diejenigen, die schon entlarvt sind wie auch gegen jene, die man noch nicht vollständig durchschaut hat. Wenn Werke der Literatur und Kunst, wie der Film „*Mit alten Ideen brechen!*" dieser Linie verpflichtet sind und ihr einen künstlerischen, dem sozialistischen Realismus entsprechenden Ausdruck verleihen, was ist daran „*ultra-links*"? Für wen kann denn die Diktatur des Proletariats, ob sie nun auf dem Gebiet der Literatur und Kunst oder in all den anderen gesellschaftlichen Bereichen ausgeübt wird, „*tyrannisch*" sein? Allerdings ist die Diktatur des Proletariats „*tyrannisch*" - nämlich gegen die Bourgeoisie, die Grundherren und die neu entstandenen bürgerlichen Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen haben! Somit enthüllt die Deng Hsiao-ping-Bande auch mit ihren blindwütigen Angriffen auf die Leitung der Literatur- und Kunst-Arbeit durch die Linie des Vorsitzenden Mao offen ihr konterrevolutionäres Wesen als unverbesserliche kapitalistische Machthaber und geschworene Todfeinde der Revolution.

Auch in diesem Sinne spielt der Film „*Mit alten Ideen brechen!*" eine Rolle bei der allseitigen Entlarvung und Bekämpfung der revisionistischen Deng Hsiao-ping-Bande und ist ein Triumph der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung. Mit Sicherheit wird er auch in näherer Zukunft noch eine Rolle spielen als Demarkationsline, wo sich die Fortsetzer der revolutionären Sache des Proletariats und versteckte Revisionisten voneinander scheiden lassen!"

(„Mit alten Ideen brechen", Filmszenarium. 160 Seiten. 5,80 DM. Zu bestellen: Rotfront-Verlag, 23 Kiel 1, Postf. 3746)

Mao Tsetung

Unbeugsam im Kampf gegen den Imperialismus

Am 26. Dezember 1893, vor 83 Jahren, wurde Genosse Mao Tsetung geboren. Sein Geburtstag ist für uns in diesem Jahr ein Tag der Trauer. Genosse Mao Tsetung ist tot. Sein Werk aber ist für alle Zeiten unsterblich. Sein Name steht in einer Reihe mit Marx, Engels, Lenin und Stalin. „Mao Tsetung", sagte Genosse Enver Hoxha, „ist in der Welt heute eine hervorragende Gestalt als geliebter Führer und Lehrer der Kommunistischen Partei Chinas, des großen chinesischen Volkes, als hervorragender Theoretiker des Marxismus-Leninismus, den er schöpferisch weiterentwickelt und bereichert hat, als großer Stratege der Revolution und als unbeugsamer Kämpfer gegen Imperialismus und Revisionismus, für den Triumph der Revolution, des Sozialismus und des Kommunismus." Im Kampf gegen den Imperialismus hat Genosse Mao Tsetung den Marxismus-Leninismus gegen die Opportunisten und Revisionisten verteidigt, weiterentwickelt und bereichert. Seine Lehren über den Kampf gegen den Imperialismus, über die Haltung, die alle Revolutionäre gegenüber dem Imperialismus einnehmen müssen, sind für uns heute von großer aktueller Bedeutung.

Ein unbeugsamer Kämpfer gegen den Imperialismus

Als Führer der Kommunistischen Partei Chinas und der Roten Armee, der chinesischen Volksbefreiungsarmee, hat Genosse Mao Tsetung in allen kritischen Zeitpunkten der chinesischen Revolution immer in den vordersten Reihen des Kampfes gestanden. Dabei kämpfte er mit hohem Einsatz und großem persönlichen Mut. Genosse Mao Tsetung leitete persönlich den berühmten Langen Marsch über 25 000 Li, in dem er Seite an Seite mit seinen Soldaten unter unsäglichen Strapazen und in ständigen Kämpfen den Feind überwand und so die Grundlage für den Sieg über den japanischen Imperialismus schuf. Es gibt die bekannte Geschichte, daß Tschiang Kai-tschek ein hohes Kopfgeld auf Genossen Mao Tsetung ausgesetzt hat und Flugblätter mit der Aufforderung, Genossen Mao Tsetung zu fangen, über den befreiten Gebieten abwerfen ließ. Genosse Mao Tsetung antwortete mit dem Aufruf an die Bevölkerung, die Flugblätter einzusammeln und benutzte die unbedruckte Seite als Flugblatt gegen den Feind. Das war typisch für das Denken Mao Tsetungs, nämlich auf die Massen zu vertrauen und jedes Mittel zum Kampf gegen den Feind auszunutzen. Genosse Mao Tsetung hat den Generalangriff der Chruschtschowrevisionisten auf den Marxismus-Leninismus mit dem Kampf zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus beantwortet. Er stand an der Spitze der Großen Proletarischen Kulturrevolution, in der er die Kommunistische Partei Chinas und das ganze chinesische Volk zum Sieg über die revisionistischen Verrätergruppen von Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping führte. Genosse Mao Tsetung genoß die Liebe und Achtung der chinesischen Kommunisten, des ganzen chinesischen Volkes, der Kommunisten und Revolutionäre in der ganzen Welt nicht nur wegen seiner großen Beiträge zur Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, sondern auch deshalb, weil sie ihn als unbeugsamen Kämpfer für die Revolution kannten, weil sie wußten, daß es bei Genossen Mao Tsetung zwischen Theorie und Praxis, zwischen dem, was er sagte, und dem, wie er handelte, nie eine Kluft gegeben hat.

Kampf oder Kapitulation?

Wie jeder große Marxist-Leninist ließ sich Genosse Mao Tsetung im Kampf für die Revolution vom unerschütterlichen Vertrauen in die Kraft der Massen leiten. Er hat immer betont: **„Die wahren Helden sind die Massen, wir selber aber sind oft naiv bis zur Lächerlichkeit; wer das nicht begriffen hat, wird nicht einmal die minimalen Kenntnisse erwerben können."**

Als 1927 der revolutionäre Kampf der Bauern überall in China einen gewaltigen Aufschwung nahm, schrieb Genosse Mao Tsetung: **„Es dauert nur noch eine kurze Zeit, und in allen Provinzen Mittel-, Süd- und Nordchinas werden sich Hunderte Millionen von Bauern erheben; sie werden ungestüm und unbändig wie ein Orkan sein, und keine noch so große Macht wird sie aufhalten können. Sie werden alle ihnen angelegten Fesseln sprengen und auf dem Weg der Befreiung vorwärtsstürmen. (...) Sie werden alle revolutionären Parteien und alle revolutionären Genossen überprüfen, um sie entweder zu akzeptieren oder abzulehnen. Soll man sich an ihre Spitze stellen, um sie zu führen? Soll man hinter ihnen hertrotten, um sie wild gestikulierend zu kritisieren? Oder soll man ihnen in den Weg treten, um gegen sie zu kämpfen?"**

Wir Kommunisten fürchten den Kampf der Massen nicht. Im Gegenteil, wir freuen uns, wenn sie sich zum Kampf erheben, nehmen an ihm teil und ringen um die Führung in diesem Kampf. Ob man diese Haltung einnimmt oder nicht, ist der Prüfstein für jede revolutionäre Partei. Wird sie eingenommen, heißt das eben, an der Spitze des Kampfes gegen den Imperialismus und alle Reaktionäre zu stehen und den Kampf wirklich zu führen; wird sie nicht eingenommen, heißt das, vor dem Imperialismus und der Reaktion zu kapitulieren und die Waffen zu strecken. Natürlich wird diese Wahrheit in Worten von vielen anerkannt, sie aber in die Tat umzusetzen, ist eine ganz andere Sache.

Tatsache ist, daß die Revisionisten und Opportunisten immer in den kritischen Augenblicken der Revolution die Stärke des Feindes überschätzen und die Linie der Kapitulation vor ihm verfolgt haben. Das war 1927 in China so, als der Rechtsopportunist Tschen Du-hsiu gegen den revolutionären Kampf der Bauern aufgetreten ist mit dem Argument, diese „Bewegung des Pöbels", wie er sich auszudrücken pflegte, trenne die Arbeiterklasse von der Kuomintang, deren angebliche Stärke im Kampf gegen den japanischen Imperialismus er gleichzeitig in den Himmel hob. Tatsache ist jedoch, daß es die chinesische Arbeiterklasse im Bündnis mit den Hunderte Millionen Bauern war, die den japanischen Imperialismus aufs Haupt schlug, während sich die Kuomintang als äußerst schwankende Kraft im Kampf gegen den japanischen Imperialismus erwies, ja sogar zum Feind der Revolution wurde.

Ebenso hat Chruschtschow die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker von der angeblichen Stärke des Imperialismus, vor seinen Atom- und Wasserstoffbomben zu überreden versucht und ist gegen ihren revolutionären Kampf aufgetreten. Und auch heute erleben wir, daß manche Leute, die sich Marxisten-Leninisten nennen und sich auf Genossen Mao Tsetung berufen, die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker mit der Gefahr eines neuen, von den beiden imperialistischen Supermächten angezettelten Weltkrieges einzuschüchtern versuchen. Für sie ist nur die Bourgeoisie stark, den Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker führen sie nur noch im Munde. Das widerspricht vollkommen dem, was uns Genosse Mao Tsetung gelehrt hat:

„Was ist denn eine wahrhaft eherne Festung? Die Volksmassen, die Millionenmassen, die ehrlich und aufrichtig die Revolution unterstützen. Das ist eine wirklich eherne Festung, die keine Kraft zerstören kann, die absolut nicht zu zerstören ist. Die Konterrevolution kann uns nicht zerbrechen, sondern wir werden sie zerbrechen."



Vorsitzender Mao trägt im Mai 1938 in Yenan den Bericht „Über den langwierigen Krieg" vor der Antijapanischen Militärisch-Politischen Akademie des chinesischen Volkes vor. (Bild entnommen dem Bildband „Ewiger Ruhm dem Genossen Mao Tsetung"; zu bestellen bei GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 11, Postfach 111649)

„Alle Reaktionäre sind Papiertiger"

Die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte, der amerikanische Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, sehen furchterregend aus. Aber sind sie wirklich so stark, wie sie scheinen? Genosse Mao Tsetung lehrte uns: **„Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie nicht gar so mächtig. Auf lange Sicht haben nicht die Reaktionäre, sondern hat das Volk eine große Macht."**

„Genosse Mao Tsetung", sagte Genosse Hysni Kapo auf der Festveranstaltung zum 80. Geburtstag Mao Tsetungs in Tirana, **„legte klar und eindeutig die Haltung fest, die man gegenüber dem Imperialismus und allen Reaktionären einnehmen muß. Er bewies wissenschaftlich, daß sie strategisch gesehen Papiertiger sind, die Verachtung verdienen, taktisch aber ernstgenommen werden müssen, wie wirkliche Tiger. Diese Lehre des Genossen Mao Tsetung zeigt den Revolutionären und allen Völkern, daß sie nicht zu verzagen brauchen und zuversichtlich in die Zukunft blicken können, daß sie aber gleichzeitig wachsam sein und sich auf jede Gefahr vorbereiten müssen."**

Diese These hat nicht nur das chinesische Volk in seinem revolutionären Kampf angefeuert und seine Siegeszuversicht erhöht, sie hat auch die Revolutionäre in der ganzen Welt und die unterdrückten Völker ermutigt, nicht vor dem Imperialismus auf die Knie zu fallen, sondern ihm die Stirn zu bieten und sich zum Kampf zu erheben. Die These Genossen Mao Tsetungs gründet sich auf Lenins wissenschaftliche Analyse des Imperialismus, hat diese zugleich bereichert und weiterentwickelt.

Der Imperialismus ist das höchste, aber auch letzte Stadium des Kapitalismus. Er ist innerlich verfault und morsch, von tiefen Widersprüchen zerfressen. Einem kleinen Häufchen internationaler Ausbeuter stehen Hunderte von Millionen von Arbeitern und vom Imperialismus geknechtete Volksmassen gegenüber, die sich unter der Führung des internationalen Proletariats zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den weltweiten Sturz des Imperialismus vereinigen. Die Epoche des Imperialismus ist deshalb die Epoche der proletarischen Revolution. Aus diesem Grund bezeichnete Lenin den Imperialismus als „Koloß auf tönernen Füßen". Lenins glänzende Feststellung galt um so mehr in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg und hat bis heute ihre volle Gültigkeit behalten. In seinem Gespräch mit Anna Louise Strong analysierte Genosse Mao Tsetung die Lage in der damaligen Welt und wies die pessimistische Einschätzung mancher Leute zurück, die nur die Stärke des amerikanischen Imperialismus im Auge hatten. Sie verloren deshalb den Kopf und wagten es nicht, dem amerikanischen Imperialismus den Kampf anzusagen und ihn in die Knie zu zwingen. Sie hatten nicht das Banner des Kampfes gegen den Imperialismus erhoben, sondern schwenkten die weiße Fahne der Kapitulation. **Die Überschätzung der Stärke des Imperialismus und die Predigten zur Kapitulation vor ihm sind seit jeher typisch für die Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen gewesen.**

Chruschtschows Sklavenphilosophie von der „Allmacht der Atombombe" sollte die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker einschüchtern, damit sie sich nicht zur Revolution erheben. Seine Behauptungen über die „vernünftigen und einsichtigen Imperialisten" à la Kennedy sollten die Wachsamkeit der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker zugleich einschläfern, damit sie vergessen, daß der amerikanische Imperialismus auch ein wirklicher Tiger ist, der die Völker mit Aggression und Krieg überzieht.

Genosse Mao Tsetung hat eine solche Sklavenphilosophie, wie sie nur Lakaien des Imperialismus vertreten können, entschieden bekämpft. Als die amerikanischen Imperialisten in den 60er Jahren, indem sie die durch den Verrat der Chruschtschowrevisionisten entstandene Lage ausnützten, ihre Aggressionen gegen die unterdrückten Völker vervielfachten – gegen die Bevölkerung von Südvietnam, gegen das panamesische Volk, gegen das japanische Volk, gegen das kongolesische Volk und das Volk der Dominikanischen Republik – und die Unterdrückung des amerikanischen Volkes, besonders der Afro-Amerikaner verschärften, veröffentlichte Genosse Mao Tsetung eine Reihe von Erklärungen zur Unterstützung des Kampfes der unterdrückten Völker gegen die amerikanischen Aggressoren. Er rief sie und alle Völker der Welt auf, sich zum Kampf zu erheben, stärkte ihre Kampfentschlossenheit und festigte ihr Vertrauen in die eigenen Kräfte.

Er schrieb: **„Die Atom- und Wasserstoffbomben in den Händen der amerikanischen Imperialisten können niemanden einschüchtern, der nicht zum Sklaven werden will. Die Sturmflut der Völker der ganzen Welt gegen die amerikanischen Imperialisten läßt sich nicht eindämmen. Die Völker der ganzen Welt werden in ihrem Kampf gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien sicherlich noch größere Siege erringen."**

Die Tatsachen haben gezeigt, daß die Lehre Genossen Mao Tsetungs den richtigen Weg weist. Die Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam haben dem amerikanischen Imperialismus eine historische Niederlage bereitet. Überall auf der Welt hat der Kampf gegen den Imperialismus mit den beiden Supermächten an der Spitze einen großen Aufschwung genommen. Auch heute, auch für unseren revolutionären Kampf gilt: „Alle Reaktionäre sind Papiertiger", die – strategisch gesehen – Verachtung verdienen. Auch heute gibt es wieder Leute, die wie Chruschtschow die Kapitulation vor dem Imperialismus predigen. Sie haben sich den Mantel des „Antisozialimperialismus" umgehängt, vor dessen angeblicher Stärke sie in die Knie sinken und zugleich hilfesuchend die Hand nach den westlichen Imperialisten mit dem amerikanischen Imperialismus an der Spitze ausstrecken. Sie betrachten zum Beispiel die EWG als Bollwerk gegen den Sozialimperialismus und drängen sogar auf die Erhöhung der militärischen Stärke des aggressiven Natoblocks, weil das angeblich den Sozialimperialismus in Schach hält. Für den Kampf des Proletariats und der unterdrückten Werktätigen in Stadt und Land haben sie dagegen nur Verachtung übrig und treten sogar dagegen auf, wie die Vilargruppe in Portugal, die hinter dem Kampf des portugiesischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus und die Bourgeoisie die Hand des sowjetischen Sozialimperialismus „wirken" sah, Diese Leute berufen sich auf Mao Tsetung, in Wirklichkeit aber haben sie seine Lehren vollständig in ihr Gegenteil verkehrt. Genosse Mao Tsetung hat uns gelehrt, den Imperialismus taktisch ernstzunehmen, niemals aber vor ihm auf die Knie zu fallen, sondern uns an die Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse und der unterdrückten Volksmassen zu stellen, um den Imperialismus zu besiegen.

„Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution"

Am 20. Mai 1970 veröffentliche Genosse Mao Tsetung seine berühmte Erklärung: „Völker der ganzen Welt vereinigt Euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien!" Er sagte darin: „Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution!", womit er den Marxismus-Leninismus gegen die modernen Revisionisten verteidigte und weiterentwickelte.

„Diese These", sagte Genosse Hysni Kapo in der Festversammlung zum 80. Geburtstag Genossen Mao Tsetungs am 26. Dezember 1973 in Tirana, **„ist nicht allein ein Ausdruck des großen revolutionären Optimismus, der die aufrechten Kommunisten stets gekennzeichnet hat, ist nicht nur ein Ausdruck des unerschütterlichen Vertrauens auf den unvermeidlichen und sicheren Triumph der Sache des Kommunismus in der Zukunft. Sie ist vor allem das Ergebnis einer gründlichen Analyse der Bedingungen und des Kräfteverhältnisses heute in der Welt, ist die wissenschaftliche Definition des historischen Moments, in dem heute die menschliche Gesellschaft lebt und sich weiterentwickelt. Vorsitzender Mao Tsetung hat diese These weiterentwickelt, als er sagte: ‚Die Weltrevolution ist gegenwärtig in eine neue, große Epoche eintreten', und ferner: ‚Eine neue historische Periode ist angebrochen – die Periode des Kampfes gegen den Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus'. Die Zeit hat diese Thesen voll und ganz bestätigt. Der amerikanische Imperialismus, der nach dem zweiten Weltkrieg eine große Macht in seinen Händen konzentrierte, hat keinen Tag aufgehört, eine Aggression nach der anderen zu entfesseln, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, Intrigen und Komplotte gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu schmieden. Diesen Weg hat jetzt auch der sowjetische Sozialimperialismus beschritten, der eifrig die Politik der Expansion und des Hegemonismus betreibt. Wie jedoch Genosse Mao Tsetung zurecht betont, begegneten die Völker den aggressiven Kriegen des Imperialismus mit revolutionären Kämpfen, um über die Aggressoren den Sieg davonzutragen. Immer mehr Völker der Welt, vor allem die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, engagieren sich im revolutionären Kampf gegen den Imperialismus mit dem amerikanischen Imperialismus voran und dem sowjetischen Sozialimperialismus, um die nationale Unabhängigkeit zu erlangen und zu verteidigen."**

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Die beiden Supermächte, der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, wollen die Welt in einen neuen Weltkrieg stürzen und die Gefahr eines solchen Krieges ist sehr real. Deshalb meinen heute manche Leute, daß die Einschätzung Genossen Mao Tsetungs, daß die Haupttendenz in der Welt die Revolution ist, überholt sei, weil angeblich die Kräfte der Revolution zu schwach sind, um ihn zu verhindern. Genosse Mao Tsetung lehrt uns etwas anderes. Er sagte:

„Was die Frage eines Weltkrieges betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert." Damit hat er uns aufgerufen, immer und überall die Revolution an die erste Stelle zu setzen, die Wachsamkeit der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu erhöhen und sie zum Kampf gegen den Imperialismus, für die sozialistische Revolution zu mobilisieren. Er hat uns damit darin bestärkt, daß die amerikanischen Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten, wenn sie den Völkern einen neuen Weltkrieg aufzwingen, unbedingt die Revolution auslösen werden, und damit ihren eigenen Untergang und den aller Imperialisten, Revisionisten und Reaktionäre beschleunigen.

Wenn wir die Lage in der Welt heute insgesamt einschätzen, wenn wir die Erweiterung und Vertiefung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, den großen Aufschwung der Befreiungskämpfe der Völker in Betracht ziehen, gibt es keinen Grund zu Pessimismus und Niedergeschlagenheit: Alle diese Kämpfe haben den Imperialismus und Sozialimperialismus geschwächt, die Widersprüche verschärft und das kapitalistische Weltsystem in seinen Grundfesten erschüttert.

Im Programmentwurf unserer Partei heißt es deshalb: **„Was die Imperialisten auch tun, es sind letztlich nicht sie, die den Gang der Geschichte bestimmen, sondern die Völker der Welt. Heute ist die Weltsituation bereits derart, daß die historische Initiative endgültig in die Hände der Arbeiterklasse und der Völker übergegangen ist. Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution und der Sieg des Sozialismus."**



Zur Jahreswende 1975/76 wurde die Sektion DDR der KPD/ML gegründet. Bereits in der Gründungserklärung der Partei von 1968 heißt es: „Beide, die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die in Ostdeutschland herrschenden Kreise, verraten die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes, sie haben sie dem Streben des US-Imperialismus und Sozialimperialismus, der sowjetischen Führungsclique nach Weltherrschaft zum Opfer gebracht. Weder die Bonner noch die Ostberliner Regierung haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Deshalb ist die proletarische Revolution in ganz Deutschland eine objektive Notwendigkeit." Mit der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML besitzt die Arbeiterklasse in ganz Deutschland, in der Bundesrepublik, in Westberlin und in der DDR eine marxistisch-leninistische Vorhutpartei, die sie im Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus führt, unter deren Leitung sie alle Schwierigkeiten überwinden und den Sieg erringen wird.



Im Februar führte die Partei in Norddeutschland eine Kampagne unter der Landbevölkerung durch. Es wurden die Landzeitung „Dat rode Land" verteilt, Hausbesuche gemacht und Veranstaltungen in verschiedenen Dörfern durchgeführt, viele Kontakte zu den Bauern geknüpft. Genosse Ernst Aust sprach auf drei Veranstaltungen zu dem Thema „Freier Bauer in einem freien Deutschland". Auch in Deutschland sind die kleinen und mittleren Bauern der mächtigste und entschiedenste Bundesgenosse der Arbeiter, und das Schicksal unserer Revolution hängt ab vom Bündnis der Arbeiterklasse mit den Klein- und Mittelbauern.



Das Jahr 1976 war gekennzeichnet von einem Aufschwung der Kämpfe gegen Lohnraub, Stillegungen und Entlassungen, in die die Partei aktiv eingriff. Unter ihnen war der Druckerstreik,vom April/Mai dieses Jahres, der wichtigste Streik seit den Kämpfen im Sommer 1973. In keinem anderen Kampf der letzten Zeit haben sich die Widersprüche zwischen den Arbeitern auf der einen und den Kapitalisten sowie dem DGB-Apparat auf der anderen Seite in so starkem Maße zugespitzt. Vielen Arbeitern ist in diesem Streik, gegen den die Kapitalisten auch ihre Polizei einsetzten, zunehmend klarer geworden, daß ihr Kampf sich nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern gleichzeitig gegen die Staatsgewalt der Bourgeoisie und die Feinde in den eigenen Reihen, vor allem gegen den DGB-Apparat und die D„K"P, gegen das ganze kapitalistische System richten muß. Die Partei hat in die Streikkämpfe aktiv eingegriffen, die Kollegen unterstützt und aufgezeigt, warum es notwendig ist, sich auf revolutionärer Grundlage zusammenzuschließen.



Der Kampf der Pa



Am Roten 1. Mai 1976 führte die Partei in vielen Städten Demonstrationen und Veranstaltungen durch. Die Reihen der Partei waren am diesjährigen 1. Mai gefestigter denn je zuvor. Im konsequenten Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus hat die Partei sich gestärkt, sich tiefer im Proletariat und den anderen werktätigen Massen verankert und ihre Reihen erweitert.



Ein wichtiger Kampfabschnitt der Partei war auch im vergangenen Jahr der Kampf gegen die politische Unterdrückung und insbesondere gegen die bürgerliche Klassenjustiz. In Prozessen gegen die Genossen Ernst Aust, Gernot Schubert, Karin Wagner und Dieter Stoll versuchte die Bourgeoisie mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen, den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML, in die Knie zu zwingen. Doch die Genossen verteidigten standhaft die Partei und ihre kommunistische Agitation und Propaganda und verwandelten die Prozesse in Angriffe auf die Bourgeoisie und ihren Unterdrückerstaat. Die Urteile, die im vergangenen Jahr gegen Kommunisten und revolutionäre gefällt wurden, sind Ausdruck der zunehmenden Faschisierung. Mindestens 54 Revolutionäre und Kommunisten wurden zu Gefängnisstrafen von einigen Wochen bis zu über einem Jahr verurteilt.



In sieben Städten, in Hamburg, Westberlin, Hannover, Duisburg, Frankfurt, Stuttgart und München, riefen die Partei und die ROTE GARDE in diesem Jahr zu Roten Antikriegstag-Demonstrationen auf, die unter den Losungen standen: „Krieg dem imperialistischen Krieg! Nieder mit den beiden Supermächten, den Hauptkriegstreibern auf der Welt! Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus! Für die sozialistische Revolution in Ost und West! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" Dabei trat die Partei besonders auch den sozialchauvinistischen Kräften entgegen, die unter der Fahne des Kampfes gegen die Kriegsgefahr das Bündnis, die Vereinigung mit der eigenen Bourgeoisie betreiben und Klassenverrat begehen. Im Verlauf dieses Kampfes gelang es der Partei, rund 200 Genossen der Gruppe Rote Fahne, die diese gefährliche opportunistische Strömung vor allem in Westdeutschland vertritt, für die marxistisch-leninistische Linie, für die KPD/ML zu gewinnen.



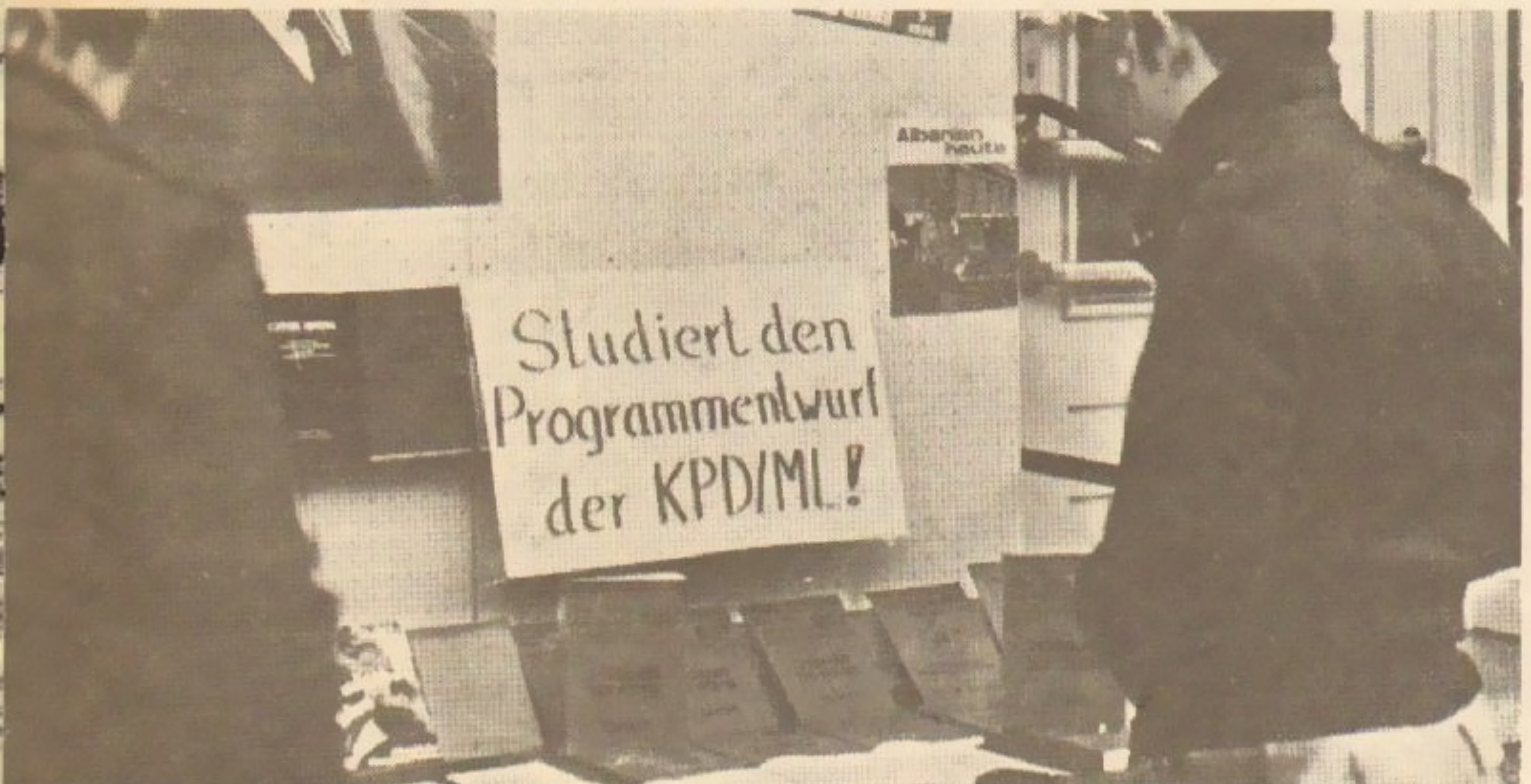
rtei 1976 im Bild



Im September veröffentlichte die KPD/ML die Grundsatzerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland", in der der Weg und das Ziel der Revolution in ganz Deutschland korrekt bestimmt und erläutert werden. Die Grundsatzerklärung wurde in einer Auflage von 2 Millionen Exemplaren unter den Werktätigen verbreitet. Gleichzeitig fanden in allen größeren Städten Veranstaltungen statt, auf denen Genosse Ernst Aust und andere Genossen der Partei das revolutionäre Programm der Partei erläuterten. Den Auftakt dazu bildete eine Großveranstaltung in Essen. Diese Kampagne, die in die Zeit der Bundestagswahlen fiel, war zugleich ein starker Schlag gegen die parlamentaristischen Illusionen, die die Bourgeoisie verbreitet, gegen Revisionismus und Opportunismus.



Bei HDW-Kiel wurden die von den Kollegen gewählten vier Roten Betriebsräte, die auf revolutionärer Grundlage die Interessen der Kollegen vertraten, von den Kapitalisten und dem reaktionären Gewerkschaftsapparat entlassen. Ihre Entlassung sowie die Entlassung vieler revolutionärer und fortschrittlicher Kollegen in den Betrieben sind Ausdruck der zunehmenden politischen Unterdrückung im Betrieb, die sich bei staatlichen Betrieben und Institutionen in den zunehmenden Berufsverboten zeigt. Im Kampf gegen die Entlassung gelang es den Roten Betriebsräten, trotz scharfer Kontrollen an den Werkstoren, auf das Betriebsgelände zu gelangen und dort eine Kundgebung durchzuführen, an der 500 Kollegen teilnahmen. Die HDW-Kapitalisten setzten daraufhin eine Hundertschaft der Polizei ein, die gewaltsam gegen die Kundgebung vorging und die Roten Betriebsräte mit brutaler Gewalt vom Betriebsgelände verschleppte.



Im November veröffentlichte die Partei auf Beschluß des Zentralkomitees den Entwurf des Programms der KPD/ML. Diese Veröffentlichung ist für die Partei, für die revolutionäre Bewegung und die Arbeiterklasse unseres Landes von weitreichender Bedeutung. Der Programmentwurf faßt die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die Lehren aus der Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung zusammen, verteidigt sie entschieden gegen ihre vollständige Verfälschung durch den modernen Revisionismus und wendet sie auf die konkreten Bedingungen der proletarischen Revolution in Deutschland, die im Zusammenhang mit der internationalen Lage analysiert werden, an. Der Programmentwurf weist damit der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen Deutschlands den einzigen Weg ihrer Befreiung aus der kapitalistischen Lohnsklaverei: den Weg der gewaltsamen sozialistischen Revolution und der Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in beiden deutschen Staaten, des Kampfes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland und der Weiterführung der Revolution bis zum weltweiten Triumph des Kommunismus.



Tiefen Schmerz und tiefe Trauer rief in der Partei und ihren Organisationen sowie unter allen fortschrittlichen Menschen der Tod des Genossen Mao Tsetung, des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, hervor. Mit ihm verlor nicht nur die Kommunistische Partei Chinas ihren großen Vorsitzenden, sondern verloren die Marxisten-Leninisten, die Proletarier aller Länder, die Völker der Welt einen geehrten und geliebten Führer, dessen Werk in einer Reihe steht mit dem der Klassiker des Marxismus-Leninismus: Marx, Engels, Lenin, Stalin. In fast allen Städten Westdeutschlands und in Westberlin fanden Trauerfeiern und Fackelumzüge der KPD/ML statt. Mehrere tausend Menschen nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil. In seiner Rede zum Tod des Genossen Mao Tsetung bekräftigte Genosse Ernst Aust für die Partei, daß die KPD/ML ihre Trauer in Kraft umwandeln wird, daß sie am Marxismus-Leninismus und den Theorien des Genossen Mao Tsetung, an denen sie sich in ihrem Kampf stets orientiert hat, festhalten wird und sie gegen alle Angriffe des Revisionismus und jeglichen Opportunismus verteidigen und noch entschlossener auf dem Weg des Kampfes für die sozialistische Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, für die Diktatur des Proletariats, für die Weltrevolution voranschreiten wird.



Vom 1. bis 7. November hielt die Partei der Arbeit Albaniens, die zugleich ihren 35. Jahrestag beging, ihren 7. Parteitag ab. Dieser Parteitag zeigte für jeden erkennbar: In Albanien ist die Diktatur des Proletariats unter der Führung der Partei der Arbeit gefestigt wie nie zuvor. Der Bericht des Genossen Enver Hoxha vor dem Parteitag war selbst ein hervorragender Ausdruck dafür, welche außerordentliche Rolle die Partei der Arbeit, welche außerordentliche Rolle Genosse Enver Hoxha bei der Festigung der Diktatur des Proletariats in Albanien wie auch in der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung einnimmt. Diese Rede, die ein historisches Dokument des Marxismus-Leninismus ist, besitzt größte Bedeutung für die Verteidigung der Generallinie der kommunistischen Bewegung und für den Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus. Unter den zahlreichen Delegationen aus aller Welt, die als Gäste an dem Parteitag teilnahmen, befand sich auch eine Delegation der KPD/ML unter Leitung von Genossen Ernst Aust.
Aus Anlaß des Parteitages der PAA führte die KPD/ML in unserem Land eine Reihe von Veranstaltungen durch, wobei sie die außerordentlich wichtige Rede des Genossen Enver Hoxha unter die Massen trug und über die großartigen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in Albanien berichtete.



Eine immer breitere und militanter kämpfende Front der Werktätigen entsteht im Kampf gegen die Atomkraftwerke, die die Bourgeoisie überall im Land errichten will. Über 30 000 Menschen kämpften in Brokdorf gegen den Bau des KKW. Mit brutaler Gewalt versuchte die Polizei diesen revolutionären Kampf der Massen zu unterdrücken. Die Partei unterstützte die Bevölkerung und stand an der Spitze des Kampfes. Trotz massiver Angriffe der Polizei mit gefährlichem Kampfgas, Hunden, Pferden, Knüppeln und Wasserwerfern, Panzerwagen und Hubschraubern ließ sich die Bevölkerung nicht einschüchtern. Wenn auch die Besetzung des Bauplatzes noch nicht erkämpft werden konnte, so bekräftigten dennoch die Tausende Demonstranten, daß sie wiederkommen werden, um den Kampf fortzusetzen. Bei ihrem Einsatz gegen die Demonstranten verletzte die Polizei 500 Menschen, darunter zwei lebensgefährlich. Einer von ihnen ist Genosse Bernd Woitalla, Roter Betriebsrat von HDW/Kiel. Ihm wurde durch einen gezielten Steinwurf der Polizei auf den Kopf eine schwere Gehirnverletzung zugefügt.

Aufruf der Bürgerinitiative Unterelbe

Wie die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) berichtet, sind eine größere Anzahl von Demonstranten, die am 13. November an der Kampfdemonstration in Brokdorf gegen das Kernkraftwerk teilnahmen, mit Prozessen wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt usw. bedroht. Um diese Angriffe zurückschlagen zu können, hat die BUU einen Ermittlungsausschuß gegründet, der alle Berichte und Materialien über das Vorgehen von Polizei, Bundesgrenzschutz usw. sammelt. In einem Aufruf der BUU, den Ermittlungsausschuß bei seiner Arbeit zu unterstützen, heißt es:

„Die BUU ruft alle Teilnehmer des Massenprotestes auf, mit Berichten, Fotos, Zeugenaussagen usw. dazu beizutragen, die Ereignisse genau zu rekonstruieren. Wir müssen verhindern, daß die Festgenommenen durch lügenhafte Polizeiaussagen stellvertretend für die Bewegung gegen den Bau der Atomkraftwerke zu hohen Strafen verurteilt werden. Wir müssen einzelne Polizisten, die besonders brutal vorgingen, namhaft machen und Anzeige gegen sie erstatten. Wir müssen das bürgerkriegsmäßige Vorgehen der Regierung dokumentieren, insbesondere auch die unglaublichen Schikanen gegen die Bauern in Brokdorf selbst.

Wir benötigen dringend von allen Festgenommenen Berichte. Wer hat besonders brutale Polizeieinsätze beobachtet und fotografiert? Wer hat Fotos gemacht von den Panzerfahrzeugen des Bundesgrenzschutzes, die speziell für den Einsatz gegen die Bevölkerung konstruiert sind; wer hat steinwerfende Polizisten fotographiert usw.? Wer ist bei der An- oder Abfahrt schikaniert oder verprügelt worden?

Wir brauchen jeden Bericht, jede Einzelheit für ein möglichst genaues Bild."

Wir bitten unsere Leser, die an der Demonstration teilgenommen haben, den Ermittlungsausschuß mit Berichten zu unterstützen und zugleich auch eine Durchschrift des Berichts an den „Roten Morgen" zu schicken, damit der „Rote Morgen" mehr über einzelne Vorgänge berichten kann. Die Berichte sind zu schicken an: Klaus Derikum, 2 Hamburg, Eppendorfer Baum 4, Tel.: 040/4 80 78 18 und an die Redaktion des „Roten Morgen", 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26.

Zugleich wird aufgerufen, für die Unterstützung der Festgenommenen und Verletzten zu spenden.

Natotruppen sollen Baustelle sichern

In Brokdorf hat die Bourgeoisie bereits die Konsequenzen aus dem Kampf der Bevölkerung in Wyhl gegen das geplante Atomkraftwerk gezogen: Sie ließ Brokdorf in eine Festung, von Polizei und Bundesgrenzschutz bewacht, verwandeln, um eine Besetzung des Bauplatzes zu verhindern. Der Kampf der 30 000 aber hat gezeigt, diese Festung ist nicht uneinnehmbar. Die Bourgeoisie will nun beim Bau einer Wiederaufbereitungsanlage von verbrauchten Brennelementen von Atomkraftwerken in der Nähe von Wippingen im Kreis Aschendorf-Hümmling durch einen Trick sogar Nato-Truppen zur Sicherung der Baustelle einsetzen.

Eine Wiederaufbereitungsanlage, wie in Wippingen geplant, birgt noch größere Gefahren in sich, da hier aus den verbrauchten Brennelementen der Kernkraftwerke das Plutonium abgetrennt wird, das in Mengen bis zu 40 000 kg dort aufbewahrt werden soll. Dieses Plutonium ist so giftig, daß alle auf der Erde lebenden Menschen mit einer Plutoniummenge in Größe einer Pampelmuse getötet werden können. Eine „Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz" hat in einer Risiko-Abschätzung festgestellt: Bei einem kleineren Störfall kann ein Millionstel der gelagerten Menge freigesetzt werden, was theoretisch einer Dosis von 400 Millionen Lungenkrebserkrankungen entspräche.

Es ist klar, daß angesichts dieser Gefahren die Bevölkerung erst recht den Kampf gegen eine solche Wiederaufbereitungsanlage aufnehmen wird.

In Bonn hat man sich nun etwas Besonderes ausgedacht, um diesem Kampf entsprechend entgegenzutreten: Die Aufbereitungsanlage soll in Wippingen auf einem Nato-Gelände, das derzeit als Schießplatz dient, errichtet werden. Der Bundesverteidigungsminister soll, wie der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz bekanntgab, das Nato-Gelände freigegeben haben. Es soll jedoch solange unter militärischer Bewachung der Nato-Truppen bleiben, bis Sicherungsanlagen errichtet sind, die garantieren sollen, daß das Wiederaufbereitungswerk ungestört errichtet werden kann.

Jetzt aber schon läßt die Kampfentschlossenheit der Bevölkerung in dem betroffenen Gebiet erkennen, daß die Rechnung der Bundesregierung nicht aufgehen wird. Hofft sie, den Kampf der Bevölkerung durch die Nato einschüchtern und abwürgen zu können, so wird die Bevölkerung ihren Kampf gegen Atomkraftwerke, Aufbereitungsanlagen und Atommülldeponien, der sich jetzt schon gegen den kapitalistischen Staatsapparat, seine Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen richtet, auch auf diese Nato-Truppen ausweiten und damit die Kampffront gegen die Bourgeoisie und ihre brutalen Unterdrückungsinstrumente erweitern.

Weihnachtsaufruf der Roten Hilfe Deutschlands

Freiheit für die politischen Gefangenen!

Auch in diesem Jahr ruft die RHD zur Unterstützung der Weihnachtshilfe auf, mit der in diesem Jahr insbesondere ein Beitrag zum Kampf gegen die zunehmenden Gefängnisstrafen gegen Revolutionäre und Kommunisten geleistet werden soll. Wir drucken im Folgenden den Aufruf der RHD ab.

„Die Weihnachtszeit hat begonnen. Das Neue Jahr steht vor der Tür. Wenn Sie in diesen Tagen überlegen, wie Sie Ihren Angehörigen eine Freude bereiten können – denken Sie auch an die, die das Fest als politische Gefangene hinter Gittern verbringen müssen? Wenn Sie sich ein Gutes Neues Jahr wünschen, wissen Sie, daß es in unserem Land viele Familien gibt, für die die Frage: Was wird das Neue Jahr bringen? schon die bittere Gewißheit enthält: der Vater, die Mutter, der Ehepartner und Kampfgefährte wird fehlen; mit Gefängnis bestraft, weil er seiner Klasse im Kampf voranging. Für diese Menschen bittet die Rote Hilfe Deutschlands Sie heute um Ihre Solidarität.

Am 13. Mai 1976. Im Amtsgericht Dortmund wird das Urteil gegen Gernot



Schubert und Karin Wagner, ehemals Verleger und verantwortliche Redakteure des Roten Morgen, Zentralorgan der KPD/ML, gesprochen: Ein Jahr Gefängnis für G. Schubert, vier Monate für Karin Wagner. Zwölf Ausgaben des Roten Morgen, die zwischen September 74 und Juni 1975 erschienen, sollen eingezogen werden. In der Urteilsbegründung führt das Gericht aus: ‚Die Angeklagten sind gebildete Menschen ... Sie kennen die tatsächlich in der Bundesrepublik bestehenden außerordentlich freiheitlichen Verhältnisse. Daher wissen sie sehr wohl, daß ihre verächtlichmachenden Behauptungen unwahr sind. Sie handelten aus bewußt feindseliger Gesinnung'. – ‚Die Bundesrepublik Deutschland hat es nicht verdient, derart attackiert zu werden. Daher kamen bei allen festgestellten Straftatbeständen nur Freiheitsstrafen in Betracht.'

Das sind die sogenannten ‚außerordentlichen freiheitlichen Verhältnisse': daß Menschen wegen ihrer ‚feindseligen', sprich: kommunistischen Gesinnung ins Gefängnis geworfen werden!

Nieder mit der Gesinnungsjustiz gegen den „Roten Morgen"!

Dies war nicht das erste Urteil gegen den Roten Morgen und es blieb nicht das letzte. Schon ein halbes Jahr später standen Gernot Schubert und Karin Wagner wieder vor Gericht, zusammen mit Dieter Stoll, ehemals Redakteur. Diesmal ging es in 2. Instanz um zwei Ausgaben und ein Extrablatt des Roten Morgen sowie ein Flugblatt. Wiederum wegen ‚Verächtlichmachung der BRD' und wegen ‚Beleidigung der Polizei' werden Gernot und Dieter zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Und im März nächsten Jahres folgt bereits der nächste große Prozeß: wegen weiterer neun Ausgaben aus 1974 und 1975. Es ist offensichtlich: systematisch will der Klassenfeind das Zentralorgan der KPD/ML, die Zeitung der Arbeiterklasse mundtot machen, finanziell ruinieren, seine Redakteure hinter Gitter sperren. Vor allem Gernot Schubert, der ihnen als führender Genosse der KPD/ML bekannt ist, soll nach ihrem Willen für Jahre ins Gefängnis geworfen werden.

Es ist die Wahrheit, die hier zum Schweigen gebracht werden soll. An uns ist es, das zu verhindern!

Nur die Spitze eines Eisberges . . .

Gegen die Redakteure des Roten Morgen und die Genossen der KPD/ML richtet sich die Spitze des Justizterrors. Aber Tatsache ist, daß sich überall in unserem Land die Gefängnisse wieder mit politischen Gefangenen füllen:

In Landsberg in Bayern sitzt der Genosse Sascha Haschemi seit einem Jahr im Gefängnis, weil er 1972 unter Führung der KPD/ML an einer Demonstration gegen den imperialistischen Krieg teilgenommen hatte. Verurteilt wegen ‚Landfriedensbruch' wie viele andere von den 5000, die mit ihm demonstrierten. Fünf von ihnen haben ihre Strafe bereits abgesessen, ein weiterer, Klaus Kercher aus Reutlingen, muß jeden Tag damit rechnen, abgeholt zu werden.

Martin Peleikis aus Kiel muß ebenfalls vielleicht noch vor Weihnachten ins Gefängnis. Er wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wegen eines einzigen Flugblatts, das die Soldaten der imperialistischen Bundeswehr zum Kampf gegen Drill und Schikane in der Armee aufrief.

Auch Michael Banos und Dieter Kwoll, ehemals Presseverantwortliche der Roten Hilfe Deutschlands, wurden wegen ihrer besonderen ‚kriminellen Energie' – so der Richter in der Urteilsbegründung gegen Michael – wegen ‚Verächtlichmachung der BRD' zu sieben bzw. zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Zu recht sagen viele, die den Terror erleben, heute ‚Polizeistaat', und sie fühlen sich an die Nazizeit erinnert, als reihenweise Kommunisten und andere aufrechte Menschen wegen ihrer Gesinnung in die Gefängnisse und KZs verschleppt wurden. Wenn aber der Rote Morgen von zunehmender Faschisierung des westdeutschen Staates spricht, werden Gefängnisurteile gefällt.

Jede Woche einer . . .

Mindestens 54 Kommunisten und Revolutionäre, die meisten von ihnen Redakteure und Presseverantwortliche, wurden in diesem Jahr wegen ihrer Gesinnung mit Gefängnis bestraft – das ist jede Woche einer! Für sie alle ruft die Rote Hilfe Deutschlands zur Weihnachtshilfe auf. Weil dies Menschen sind, die für die Sache der Arbeiterklasse und der Werktätigen unerschrocken eintreten, die die Wahrheit auch vor Gericht nicht verleugnen und sich keinem noch so harten Terrorurteil beugen. Sie können das, weil sie wissen, daß die Werktätigen an ihrer Seite stehen und viele die Lücke füllen werden, wenn sie aus dem Kampf herausgerissen und ins Gefängnis geworfen werden.

Der Klassenfeind will diese Menschen zerbrechen. Er will sie und ihre Familien mit hohen Prozeßkosten belasten, ihre Organisationen finanziell ruinieren. Die meisten dieser Genossen sind Familienväter. Die Sorge um Frau und Kinder soll ihnen nach dem Willen der Kapitalistenklasse den Mut zum weiteren Kampf nehmen.

Spendet für die Weihnachtshilfe!

Unsere Aufgabe ist es, im Rücken dieser Kommunisten und ihrer Familien die Mauer der Solidarität zu errichten. Die Weihnachtshilfe de Roten Hilfe Deutschlands soll ihnen zeigen, daß sie nicht allein stehen, daß viele Augen darüber wachen, was im Gefängnis mit ihnen geschieht, daß die Sorge um ihre Familie die Sorge von uns allen ist. Deshalb unterstützt die Weihnachtshilfe! Kauft die in diesen Tagen zum Solidaritätspreis angebotene Literatur. Spendet Geld in die Sammelbüchsen der Roten Helfer oder auf das Konto der RHD, Stadtsparkasse Dortmund, Nr. 201007097, H. Held, Stichwort Weihnachtshilfe. Ihr helft damit, die unerträglichen Prozeßkosten zu decken, damit für die Betroffenen zur Gefängnisstrafe nicht noch ein Schuldenberg kommt. Außerdem wird damit die Hafthilfe finanziert und wo nötig die Familien unterstützt. Verbreitet weiter, was ihr durch die Zeitung, die Handzettel, Wandzeitungen und im Gespräch mit den Mitgliedern der RHD über den Justizterror in unserem Land erfahrt. Sorgt mit dafür, daß sich immer mehr Menschen einreihen in die Solidaritätsfront. Werdet Mitglied der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!"

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44 Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungzeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di, 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/7 47 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa. 9-14 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.